

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit "Auswärtiger Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingung:
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je oder deren Raum 20 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Meinungs-
 und Berathungs-Anzeigen 10 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigenspreiser: Amt I, Nr. 1503.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonntag, den 10. November 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Her mit dem Boden!

Das Privateigentum an Grund und Boden, das Recht einer Anzahl von Personen auf das Eigentum am Erdball ist es, das diese Eigentümer befähigt, einen Teil der Mehrarbeit der Gesellschaft sich als Tribut anzueignen und mit der Entwicklung der Produktion sich in stets wachsendem Maße anzueignen. Der Eigentümer eines Wasserwerks, eines Bergwerks, eines gut gelegenen Bauplatzes bezieht aus seinem Eigentum eine Rente, die sich vor der Unternehmerrente und dem Kapitalzins in einer für den Eigentümer vorteilhaften Weise wesentlich durch drei Eigenschaften auszeichnet. Da ist zunächst der überwiegende Einfluss zu nennen, den die Lage des Grundstücks auf die Höhe der Rente ausübt. Ferner fällt die handgreifliche Unthätigkeit des Eigentümers ins Auge. Seine Tätigkeit besteht lediglich darin, den Fortschritt der gesellschaftlichen Entwicklung auszubedenken, zu dem er nichts beiträgt, bei dem er nichts riskiert, wie es doch der industrielle Kapitalist thut. Endlich ist der Einfluss des Monopolpreises hervorzuheben. Der Monopolpreis ist unabhängig von dem durch den allgemeinen Produktionspreis und von dem durch den Wert der Produkte bestimmten Preis. Es ist der durch die von Spekulationshoffnungen belebte Kaufkraft und durch die Zahlungsfähigkeit des Käufers bedingte Preis. So ist es schlechterdings unmöglich, von einem mit andern Gegenständen vergleichbaren Wert eines Weinbergs, der eine vorzügliche, einzig dastehende Sorte Wein trägt, oder eines Grundstücks, das eine besonders begünstigte Lage hat, zu sprechen. Es ist bekannt, daß in Berlin beispielsweise in der Friedrichstadt Grundstücke, die vor wenigen Jahren kaum eine Million hoch taxiert wurden, von spekulativen Köpfen mit 6 Millionen belichen sind und reichlich die Zinsen dieses Verkaufskapitals tragen und außerdem einen hohen Ertrag abwerfen. Die Lage jener Grundstücke bringt es mit sich, daß für kleine Läden 30000 M. Miete gezahlt werden, wiewohl die im Laden verkauften Waren einen auch nicht annähernd gleich hohen Gewinn abwerfen — der Laden ist aber Neklameladen für die Produkte der Fabrik, die den Laden gemietet hat und von der Lage des Hauses eine billige Klamme für ihre Firma erhofft. Es würde zu weit führen, an einzelnen Häusern Berlins die Monopolpreisnatur der Grundstücke zu erweisen. Die Beispiele liegen ja für jeden kenntlich auf der Straße: hier verursacht die Gestaltung eines Hauses zum Warenhaus, dort die Umwandlung eines Gebäudekomplexes in ein Warenhaus, an einer andern Stelle die Errichtung einer aus kleinen Wohnungen bestehenden Mietskasernen völlig imaginäre Grundstückspreise.

Bei der spekulativen Ausnutzung des Bodens, seiner Eingeweide und seiner Oberfläche ist der Blick des Ausbeuters insbesondere auf die Bedürfnisse der großen Menge gerichtet. Das Elend wird dem Kapital wie dem Grund und Boden in höchstem Maße dem mit dem Grundeigentum verbundenen Kapital am tributpflichtigsten gemacht. Sinnlos drängt sich die Nichtigkeit dieser naturnotwendigen Folgen des Privateigentums den Teilern des Erdballs heute gegenüber der gemeingefährlichen Ausbeutung des Bergwerksbesitzes und der Bauplätze auf. Dort wird künstlich durch Liegenlassen eingemuteter, aber noch nicht betriebener Bergwerke, durch künstliche Minderung der Förderung von Kohle, durch Ausfuhr der Kohlenstücke ins Ausland und durch allerlei sonstige Mittel der Preis des unentbehrlichen Koch- und Heizmaterials ins Ungemeine gesteigert. Hier wird durch Niederreißen alter Wohnquartiere im Innern der Stadt, durch unbedauertelassen großer Bauerrains, durch Errichtung ungeheurer Mietskasernen mit zahllosen kleinen, am einträglichsten sich gestaltenden sogenannten Wohnungen an der Peripherie der Stadt das Elend in schamlosester Weise tributpflichtig gemacht. 20, 25 ja 30 Proz. des gesamten Einkommens werden für den gesundheitlichen und sozialen Forderungen hohen sprechende Wohnräume der arbeitenden Bevölkerung Berlins ausgepreist. Berlin zählte im Jahre 1895 113 Häuser mit mehr als je 300, 487 mit je 200 bis 300, 1220 mit je 150 bis 200, 3463 Häuser mit je 101 bis 150 Insassen.

Dieses schrankenlose Ausbeutung des Privateigentums gemeingefährlich sein kann, erkennt auch die heutige Gesetzgebung an, wenngleich in recht verhämmelter Weise. Das Vergesezt gestattet, den Eigentümer unbemittelt liegendbleibender Bergwerke zur Eröffnung des Betriebs zu zwingen. Freilich wird eine von dem Kapital abhängige, als Ausschuh des Unternehmertums fungierende Verwaltung von diesem kleinen Mittel auch dann schwierig Gebrauch machen, wenn ihr nicht 12000 M. zur Agitation für die Hörigkeit und Tributpflichtigkeit des arbeitenden Volks zur Verfügung gestellt werden. Immerhin gesteht auch die bürgerliche Klasse durch derartige Gesetze zu, daß das schrankenlose Privateigentum an Erdball an sich eine ungeheuerliche Ungerechtigkeit ist und daß der Besitz auch sociale Pflichten auferlegt.

Dasselbe Anerkenntnis wie beim abbaufähigen Eigentum findet sich in der Gesetzgebung über den bebauungsfähigen Grund und Boden. Das Straßenfluchtliniengesetz vom 2. Juli

1875 überträgt dem Gemeindevorstand und der Ortspolizei das Recht und die Pflicht, Straßen- und Baufluchtlinien festzusetzen und bei Festsetzung dieser Straßenfluchtlinien „auf Förderung des Verkehrs, der Feuericherheit und der öffentlichen Gesundheit Bedacht zu nehmen und auch darauf zu halten, daß eine Verunstaltung der Straßen und Plätze nicht eintritt“. In Berlin, Charlottenburg, Potsdam und der nächsten Umgebung dieser Städte bedarf die Festsetzung neuer oder Abänderung schon bestehender Bebauungspläne neben der Uebereinstimmung der Gemeindegörperschaften und der Polizei königlicher Genehmigung. Sind bei Aufstellung des Bauplans und der Bau-Ordnung die städtischen Behörden in Berlin ihren socialen Pflichten gerecht geworden? Mit nichten. Der Magistrat verlagte, ganz und gar in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Hausagrarien, der Baupolizei-Ordnung von 1897 seine Zustimmung, weil die nur das Allernotdürftigste im gesundheitlichen Interesse fordernde Bauordnung das Gewerbe der Hausbesitzer in der Ausnutzung der Oberfläche beschränkte. Der Oberpräsident mußte die gemeindliche Zustimmung ersehen. Und der Bebauungsplan, den in erster Reihe der Magistrat festzusetzen hatte? Er nimmt in völlig unzureichender Weise auf die Schaffung von Licht und Luft für Berlins Straßenzüge und seine Behausungen Rücksicht. Vergeblich sucht man auf dem Bebauungsplan nach hinreichenden Plätzen, die der Bebauung entzogen werden und als Spielplätze und Lungenflügel in den dichtbevölkerten Gegenden funktionieren können. Vergeblich sucht man nach der Anlegung schmalerer Straßen, die parallel mit breiteren, dem Verkehr dienenden Straßenzügen anzulegen sind und deren Schmalheit den Ausbau der Häuser bis zum fünften Stock verhindert. Vergeblich sucht man nach schmaleren Baublöcken, welche eine fast schrankenlose Anlegung licht- und luftberaubter Hinterhauswohnungen erlauben. Der Bebauungsplan ist so eingerichtet, wie ihn sich ein Mietskasernen-Spekulant nur wünschen kann, geradezu zur Errichtung ungeeigneter, unbefugter Häuser statt menschenwürdiger Wohnungen herausfordernd — ganz von der Beschaffenheit zu schweigen, den die wie compagniefolienartige Gleichmäßigkeit der Veranlagung aufweist.

Aber damit noch nicht genug der magistratischen Sünden. Durch Ortsstatut vom 8. Oktober 1875 ist die Errichtung von Gebäuden nur dann gestattet, wenn die Straßen den baupolizeilichen Vorschriften gemäß befestigt und entwässert sind. Diese Vorschrift ist zweckmäßig. Die Befestigung und Entwässerung herbeizuführen ist Sache des Magistrats. Aber bis heute ist im Norden und Nordosten die gewaltige, etwa 600 Hektar große Strecke nach Weißensee zu — das gesamte Reichbild Berlins umfaßt 6310 Hektar — noch nicht der Bebauung erschlossen, noch nicht entwässert. Durch die Nichtausführung dieses Riesenterrains wird künstlich die Vermehrung von Wohngebäuden und Wohnungen gehindert, das Angebot von Wohnungen gemindert, also zu Gunsten des Boden- und Hausagriers der Mietspreis in die Höhe getrieben.

Es wird demnach in manchesterlichen roten Haus gar beweglich die Melodie wiederlingen: „Was wollt Ihr denn, der Hausbesitzer, sagt ihr, fordert seinen Tribut auf Grund seines Titels an einem Stück des Erdballs.“ Mit nichten, die Sache steht anders. Die Häuser nebst dem Boden, auf dem sie stehen, sind Handelsartikel wie jeder andre Handelsartikel. Der arme Hausbesitzer hat den Anspruch auf die Grundrente keineswegs ohne die Arbeit, das Risiko und den Unternehmungsgeist des Kapitals umsonst erhalten. Er hat ja als Kaufpreis den kapitalisierten Tribut und damit den vollen Preis des Bodens bezahlt. Und wie sauer das Leben des armen Hausbesitzers ist, ergibt sich aus der Thatfache, daß in Berlin noch nicht 1/3 aller Hauseigentümer ihr Grundstück länger als 5 Jahre behalten. Ganz so verteidigte ein Sklavenshalter, der einen Neger gekauft hatte, sein Eigentum an dem Neger: nicht durch die Institution der Sklaverei, sondern durch Kauf des Negers habe er das Recht auf Ausnutzung seiner Ware erworben. Aber der Titel, das Recht auf die Ausbeutung wird durch Kauf und Verkauf nur übertragen, nicht erzeugt. Die Möglichkeit, Eigentum an Sklaven zu haben, beruhte auf den Produktionsverhältnissen. Was vom Eigentum am Menschen gilt, gilt in gleicher Weise vom Eigentum an Grund und Boden. Eine höhere ökonomische Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Menschen am Erdball genau so unbillig finden wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Die Einsicht in die Gemeingefährlichkeit und Unbilligkeit dieses Privateigentums wird durch den gemeingefährlichen Gebrauch desselben seitens ihrer Eigner handgreiflich demonstriert. Nicht ein Einzelner, selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer und haben sie als rechtlich schaffende Verwalter den nachfolgenden Generationen in verbesserter Gestalt zu hinterlassen. Erst wenn der Grund und Boden aus dem Privateigentum des Einzelnen in eine Verwaltung der Gesamtheit gelangt sein wird, wird die Wohnungsfrage gelöst sein. Bis dahin freilich läßt manches zur Vinderung des Wohnungselends sich durchführen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 9. November.

Herr v. Mirbach und die Rhinocerose.

Aus Potsdam wird uns von einem Parteigenossen, der lebhaft bedauert, daß kein Stenograph dabei gewesen, der folgende Bericht über eine Rede der Kammerherren des Kaiserin Freiherrn v. Mirbach mitgeteilt:

„Die Zimmerer vom Baugeschäft des Maurermeisters Herrn K. Grabowsky hatten eine Platzsperre zu bestehen. Die Sperre wurde, da dieselbe zwecklos war, und die gesamten Zimmerer Potsdams und der Umgegend ausgesperrt wurden, in einer Versammlung am 1. November d. J. von den Zimmerern aufgehoben. In der Verhandlung am 2. November mit der Kommission des Arbeitgebersverbandes verlangte K. Grabowsky, daß 5 Stellen von denen, welche bei ihm die Arbeit niedergelegt haben, wieder bei ihm in Arbeit treten sollen. Es erklärten sich nun 5 Gesellen hierzu bereit und diese gingen am Sonntag, den 3. November d. J. nach dem Bau des Augustastifts, am Fuße des Pfingstberges gelegen. Der Bau wird unter der Aufsicht des Freiherrn v. Mirbach vollzogen, welcher dicht daneben seine Wohnung hat.“

Im Laufe des Sonntagsvormittags erschien der Freiherr v. Mirbach, um den Bau zu besichtigen, oder vielmehr den wieder eingestellten Zimmerern eine Predigt zu halten. Das geschah nun in folgender Weise: Die Zimmerer wurden zusammengerufen und der Freiherr fing an: „Die Verdauungsmittglieder treten mal nach dieser Seite.“ Nachdem dies geschehen war, sprach Mirbach weiter:

„Leute, es freut mich, daß die Sache mit Eurer Sperre in Ordnung ist. Ich weiß auch, daß Ihr verführt seid von ganz gewissenlosen Dackern, die Euch und Eure Familie ins Unglück stürzen wollen und von Euren Groschen leben, die Ihr ihnen opfert. Es haben sich die Streikkräfte aus Berlin hier eingeschlichen in unser friedliches Potsdam. Seht heraus aus Euren Verband, welcher ja doch kein gewerkschaftlicher Verband ist, sondern nur ein socialdemokratischer, und gerade die Socialdemokraten, diese Rhinocerose, haben Euch verführt. Leute, ich sage Euch nochmals, geht heraus aus Eurem Verband, denn wofür soll das fahren, das bauende Publikum ist nicht auf Eurer Seite, ja die Bürger heben sich daran, und es wird niemand mehr bauen, wenn er lange Zeit seinen Bau liegen lassen muß infolge Eurer Streikerei, und Ihr werdet es noch so weit bringen, daß kein Mensch mehr wird bauen und Ihr werdet dann keine Arbeit mehr haben und dann werden Euch die Augen aufgehen. Und von Euch freut es mich (nach der Seite der Arbeitswilligen), daß Ihr standgehalten habt gegenüber diesen da, und ich spreche Euch, daß, so lange die Kaiserin baut, werden stets die Unorganisierten beschäftigt werden; so, nun geht und arbeitet in Ruhe und Frieden miteinander usw.“

Der Freiherr v. Mirbach, der einst bei Socialdemokraten um Niedrigelnder haussieren ging, hat durch diese Rede, die aus dem Gedächtnis aufgezeichnet ist, seine hervorragende Befähigung erwiesen, das schwierige Werk zu leiten, die Arbeitswilligen zu organisieren; er eignet sich vor allem dadurch für dieses Amt, weil er ganz auf der geistigen Höhe dieser seiner Schützbesohlen steht, so daß es ihm nicht schwer fallen kann, den Weg zum Herzen der Streikbrecher zu gewinnen.

In Potsdamer Arbeiterkreisen hat diese prächtige Rede des Freiherrn das lebhafteste Vergnügen hervorgerufen und man behauptet, er wolle jetzt mit dem feilen- und Intelligenzverbundenen Deschgrafen gemeinsam zum Volle herabsteigen und mit der Schärfe seiner Zunge das socialdemokratische Rhinoceros zerstückeln.

Der Polizei-Skandal.

Herr v. Meerfeldt-Güllesien, übrigens einer der schneidigsten Bekämpfer der Socialdemokratie schon vor dem Socialistengesetz, hat offenbar weder den Einfluß, den Junkern einen zehn-Mark-Zoll zu verschaffen, noch vermag er der Industrie eine Zuchtbandvorlage zu beschaffen. So rinnt denn die Flut der sittlich entrüsteten Reaktionen auf den kompromittierten Lischgast des Millionärs Sternberg.

Kamentlich die Centrumpresse, die der tausendfältig schillmeren 12000 Mark-Affaire wohlwollende Fehlerdienste leistet, tobt jetzt ihren schönen sittlichen Groll, den sie gegen die Potsdowsky und Woedtle nicht loswerden konnte, gegen die Kriminalpolizei aus, die nun einmal nicht die Macht zu besitzen scheint, dem Centrum agrarische und liberale Liebesgaben zu erwirken. Gehörten der Herr Potsdowsky oder der Herr Woedtle zu den Tischgästen des Sternberg, hätten sie von ihm einige Tausend Mark hypotekellarisch bezogen und würden sie ein wenig für die Anschuld des Ramms agitiert haben, so würden die „Post“ und die „Germania“ nicht sofort betwefeln, daß es nur einfache Menschenlichkeit sei, für Leute einzutreten, von deren Anschuld man überzeugt sei. Der Polizeidirektor aber kann der Politik der herrschenden Parteien keine Dienste leisten, so wagt man es wieder — trotz Sonnen-greueln und 12000 Mark-Tributgeldern — die Moral hochzuhalten und auf polizeiliche Keuschheit Gewicht zu legen.

Uebrigens soll auch der Kaiser, von dessen Interesse am Falle Potsdowsky-Woedtle man nichts gehört hat, sich lebhaft für die Wirkstände in der Kriminalpolizei interessieren. Der Kaiser soll sich dahin geäußert haben, daß Maßnahmen zu ergreifen seien, welche eine Wiederholung derartiger Dinge zur Unmöglichkeit machen, denn die Kriminalpolizei der Reichshauptstadt müsse eine Elite-truppe im deutschen Kriminalwesen sein. Der Kaiser erwartet, so berichtet eine Korrespondenz, nun umgehend Vorschläge zu diesen Maßnahmen und

Rennerungen. Die Veröffentlichung eines neuen ministeriellen Erlasses soll bevorzugen, der den letzten diesartigen Erlass vom Dezember vorigen Jahres ganz erheblich ergänzt.

Helfen wird das alles nicht. Die Kriminalpolizei, die mit Spitzeln gegen Parteien und politische Bewegungen vorgeht, kann niemals sittlichen Anprüfungen gerecht werden. Die ganze Geschichte der Polizei ist eine Geschichte ärgster Skandale. Die Polizei wird ebensowenig eine „Eittruppe“ werden, wie die Staatsbetriebe nichts weniger als Musterbetriebe geworden sind.

Der bischöfliche Rückzug!

Der Fuldaer Hirtenbrief, die sogenannte „Pastorale“, so geheißen, weil das Schriftstück nicht für die Laien, sondern für den Klerus bestimmt war, erregt noch immer die katholischen Kreise und die Centrumpresse. Der Hirtenbrief sowohl, als auch der Freiburger Erlass sind aber zuerst in katholischen Blättern und zwar in vollem Wortlaut veröffentlicht worden. Diese Veröffentlichung muß doch wohl einen bestimmten Zweck gehabt haben. In der That war es den Bischöfen und Centrumsführern darum zu thun, die katholischen Arbeiter von den neutralen Gewerkschaften abzulenken, sie zu warnen vor den „Gefahren“, die ihrerseits durch ihre Verührung mit sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern. Das der Zweck der bischöflichen Aktion, die, von langer Hand vorbereitet, schon monatelang vorher angekündigt war, und zwar direkt im Anschluß an den Frankfurter Kongreß der christlichen Gewerkschaften, wo die hervorragendsten Führer sich freiwillig zu Gemüthen neutraler Gewerkschaften ausgeprochen hatten. Die Meinungsäußerungen der Herren Oberhirten waren wohl für die katholische Laienwelt berechnet, sollte u. a. auf die katholischen Arbeiter wirken. Eine gewaltige Wirkung haben sie auch gehabt, nur nicht die gewünschte. Das Begleit Schreiben des Freiburger Bischofs, das erst das Hirten schreiben recht interpretierte, rief die heftige Entrüstung bei den katholischen Arbeitern hervor.

Wir haben seiner Zeit festgestellt, daß das Anschreiben des Freiburger Bischofs sich deutlich und scharf gegen die christlichen Gewerkschaften richtete. In der katholischen Presse ist seitdem die Diskussion eine unaufhörliche gewesen. Eine Anzahl Blätter, voran die „Katholische Volkszeitung“, bekämpften den Standpunkt der Bischöfe auf das entschiedenste. Waren doch die Centrumpolitiker diejenigen gewesen, die den christlichen Gewerkschaften auf die Beine halfen, in der Hoffnung, sich damit gut-diskreditierte Wählerorganisationen zu schaffen und ein „Kollwerk“ gegen die Sozialdemokraten zu errichten. Die schlauen Centrumsleute haben sich längst davon überzeugen müssen, daß sie falsch kalkuliert hatten. Der Kampf um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, den auch die christlichen Gewerkschaften gewinnen, und auch die christlichen Gewerkschaften gewinnen, immer mehr wurde in den Verwaltungen der christlichen Gewerkschaften der Klerus ausgeschaltet und diese selbst unabhängiger von der Kirche und den Centrumpolitikern.

Darüber sind sich die Centrumsleute nicht im geringsten im Zweifel, sie sehen, daß sie ihren Einfluß auf die Arbeitern immer mehr verlieren. Die „Kath. Ztg.“ und einige andre Blätter sind nur klug genug, sich dies nicht merken zu lassen, sie mögen ihre ehemaligen Schöpfungen nun nicht plötzlich bekämpfen, sie tragen der naturgemäßen Entwicklung Rechnung.

Ganz anders der andre, größere Teil der Centrumpresse, an dessen Spitze die „Germania“ steht. Er erklärt sich vollkommen solidarisch mit dem Hirtenbrief und selbst mit der Interpretation, die diesem der Freiburger Erzbischof gegeben.

Mittlerweile hat nun der Bischof selbst den Rückzug angetreten. Er hat die Vorstandsmitglieder des Freiburger Vereins „Arbeiterschutts“ empfangen und denselben erklärt, daß er allgemein mißverstanden sei, es habe ihm durchaus fern gelegen, die christlichen Gewerkschaften zu verurteilen, er habe nur vor den neuerdings aufgetretenen Bestrebungen warnen wollen, die christlichen Gewerkschaften in neutrale zu verwandeln. Er soll dann die Mitglieder weiter ersucht haben, ruhig weiter zu arbeiten, es würden ihnen fernherhin keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Einige Tage darauf empfing darüber dann in Mannheim, wo er zur Erteilung der Firmierung weilte, die vereinigten Vorstände der christlichen Gewerkschaften. Nachdem er sich davon überzeugt hatte, daß die Gewerkschaften Wadens auf positiv christlichem Boden stehen, erklärte er, daß er diese Gewerkschaften (trotz seiner Befürchtungen für die Zukunft (s. o.)) nicht verurteilen wolle und forderte auf, vorwärts zu schreiten auf dem betretenen Bahn, aber sich durch niemand von den christlichen Grundfragen abbringen zu lassen.

Ueber diese Umdeutung des Bischofs ist eine erneute heftige Debatte in der Centrumpresse entstanden. Während der Erzbischof mutig zurückwich und die christlichen Gewerkschaften bestehen lassen will, sagt die „Germania“: Ach was, fort mit ihnen! Denn sie stellt Forderungen auf, die eine „wirklich christliche“ Gewerkschaft erfüllen müsse und indem sie fragt, wie diesen Forderungen praktisch entsprochen werden könne, antwortet sie:

Hier vermögen wir in der That in dem von den hochwürdigsten Herren Bischöfen in dem Fuldaer Pastoralen angegebenen Wege die richtige Lösung zu finden. Die katholischen Arbeitervereine erfüllen zweifellos alle oben gestellten Anforderungen — was ihnen aber hauptsächlich vielfach fehlt, ist die Verwirklichung des gewerkschaftlichen Gedankens. Das geschieht aber nicht, weil die Vereine dazu nicht befähigt wären; es ist wahrlich durchaus kein Grund ersichtlich, weshalb die Vereine nicht in Fach-Abteilungen sollten geteilt werden und große centralisierte Verbände über weite Länderstrecken, ja ganz Deutschland bilden können — sondern weil dieselben in Drange anderweiter Arbeiten die gewerkschaftliche Frage übergangen ist. Das muß anders werden.

Also nicht interkonfessionelle christliche Gewerkschaften, sondern Fachabteilungen in katholischen Arbeitervereinen will die „Germania“.

Auf diese Weise haben wir in dem Streit, der ob der Hirten schreiben im Centrumslager ausgebrochen ist und den die „Katholische Volkszeitung“ als eine sehr „unerfreuliche Erscheinung“ bezeichnet, eine ganze Menge von Begriffen mehr erhalten. Es giebt jetzt christliche, interkonfessionelle, positiv christliche, wirklich christliche Gewerkschaften; um diese dreht sich der Handel in der Centrumpresse. Die „Germania“ macht ganze Arbeit, sie verwickelt eben alle und kommt auf die lieben alten katholischen Arbeitervereine zurück, die ihr allein sicher vor jeder Verführung mit modernen Anschauungen zu sein scheinen.

Und berührt dieser ganze Streit nur sehr wenig, das Geschimpfe einiger Centrumsorgane wegen unsrer Reueherungen zum Hirten schreiben ist vollständig verfehlt. Wir haben lediglich Thatsachen festgestellt und befinden uns da in der Gesellschaft einer Reihe Centrumsblätter. Auch für die Zukunft liegt die Sache für uns sehr einfach. Behalten die Scharfmacher des Centrums recht, verfährt man mit den christlichen Gewerkschaften nach dem bischöflichen

Rezept, so werden diese mit dem Klerus und der Centrumpartei immer mehr in Konflikt geraten, sich von ihnen abzuwenden. Das Centrum wird große Arbeiterkreise als seine Anhänger verlieren. Oder aber man kommt den Gewerkschaften entgegen und läßt sie mit anderen Arbeitermassen in Verührung kommen. Sie werden mit den freien Gewerkschaften zusammen arbeiten, gemeinschaftlich mit ihnen gegen das Unternehmertum kämpfen, moderne Ideen in sich aufnehmen und auf diese Weise dem Centrum entfremdet werden.

Das ist für die Arbeiter eine Notwendigkeit, denn das Centrum ist keine Arbeiterpartei, es hat die Interessen der Arbeiter in unzähligen Fällen verraten.

Deutsches Reich.

Handelsverträge und Bauernbund.

Aus Nordböhmen wird uns geschrieben: Die zollpolitischen Fragen scheinen jetzt mehr Leben in unser Gebiet hineinzutragen. Die Freistimmigen von Nürnberg und Jülich haben eine ziemlich energisch gehaltene Petition gegen die beabsichtigten Zollserhöhungen zur Mittheilung angesetzt, im Wahlkreis Jülich-Erfelden spricht in der nächsten Woche Segis an mehreren Orten gegen die zollpolitische Experimentierpolitik. Nachdruck ist die Haltung des nationalliberalen Organs für das bedeutende Exportgebiet Nürnberg-Jülich; es vertritt mit einer unbegreiflichen Blindheit alle agrarischen und sonstigen hochschützpolizeilichen Forderungen, obgleich durch deren Annahme kein Gebiet in Süddeutschland mehr leiden würde als Nürnberg und Jülich. Das nationalliberale Blatt, die „Frankische Morgenzeitung“, vertritt hier den Standpunkt der bayrischen Leitung ihrer Partei. In Bayern ist, abgesehen von den nicht besonders in Betracht kommenden Freistimmigen und Demokraten, nur die Sozialdemokratie gegen die agrarische Zollpolitik. Centrum, Nationalliberale und Bauernbund suchen ihre Volkfreundlichkeit zu beweisen durch Billigung aller auf die Erhöhung unsrer Zollsätze ausgesprochenen Wünsche.

Bemerkenswert ist die Erholung der bauernbändlerischen Bewegung nach ihren zahllosen Mißerfolgen, Plannagen und Schläppen. In diesen Tagen hat in Würzburg die Einigung sämtlicher bayrischer Bauernbünde stattgefunden. Der Abgeordnete Schum, der die Versammlung mit einer Erinnerung an die Bauernkriege und — einen Hoch auf den Prinzregenten eröffnete, lobte der Reihe nach die Führer der verschiedenen Bauernbünde und übergab den Vorsth an den Sohn unsres Egenossen Thomas Meininger. Dieser mochte zur Einigung der bayrischen Bauernbändler und zum Kampf gegen Centrum und Bund der Landwirte. Eine einseitige Leitung und Programm wurden beschlossen, wobei der bayrisch-partikularistische Standpunkt in den Vordergrund gestellt wurde. Der schärfere antimilitärische Abgeordnete Hirschel aus Oeffen forderte, daß die Ansichten der Bauernbändler, wie es heute bei der Sozialdemokratie schon ist, eine Weltanschauung werden, nicht ein bloßes Parteiprogramm bleiben. Zum Schluß wurde eine Resolution folgenden Wortlauts gefaßt:

In Erwägung, 1. daß die Forderungen nach Beseitigung der Transitlager, Zolltarife und Wahlenkonti noch immer nicht erfüllt sind, 2. daß von Seiten der Reichsregierung, das ist der deutschen Fürsten und Regierungen, bisher noch immer nichts geschehen ist, um die nothleidende Landwirtschaft lebensfähig zu erhalten, 3. daß im Reichsgesetz-Gesetz das Ausland gegenüber dem Inland begünstigt und mit Amerika ein geradezu schimpfliches Zollabkommen beschlossen wurde, 4. daß durch die unheimliche Neutralitätspolitik der Reichsregierung im Voreenkrieg ein Zusammenwirken der Mächte gegen England verhindert und das heldenmütige Voreenkrieg den englischen Banditen und Nordamerikanern hilflos überliefert wurde, 5. daß das sorgfältigste Lieblingen und Schatzthum mit unsren grimmigsten Feinden, den Engländern, vom deutschen Volk als ein Schlag ins Gesicht empfinden wird, 6. daß in dieser schweren und ersten Zeit der verantwortlichen Reichsregierung der Reichsminister Graf Hohenlohe in der Welt herumreiste, daß man den Reichstag ruhig zu Hause ließ, und daß endlich 7. der neue Reichskanzler Graf Bülow bei alledem mindestens Mißthätiger und Mitbeteiligter war und keine Gewähr für eine Besserung der Reichspolitik bietet, beschließt die Versammlung, der gesamten Reichspolitik des neuen Kurses, nach innen und außen, insbesondere aber dem Reichskanzler Grafen Bülow ihr unbegrenztes Mißtrauen auszusprechen.

Der Resolution gegen die preussische Junkerlique, die sich im Bund der Landwirte eine Organisation geschaffen hat, entnehmen wir die folgenden Sätze:

„Die meisten Vertreter des Bundes der Landwirte im Reichstage unterstützen durch ihren Anichöler und Hurrapatriotismus, der bei allen Flotten-, China- und ähnlichen Vorlagen zur Regierung unzufällig, die englisierte Welt handels-Politik des neuen Kurses, welche sie sonst als Verderben für die deutsche Landwirtschaft bekämpfen.“

Auch das bayrische Centrum hat leider durch seine nahe Zugehörigkeit zum preussischen Centrum einen großen Teil seiner politischen Bedeutung eingebüßt. Deshalb vernimmt auch das Land Bayern im Reichstag den ihm zukommenden Einfluß zur Wahrung der bayrischen Reservatrechte wie der deutschen Volksherrschaft.

Weiter legt der Bund der Landwirte den Hauptton auf die Erhöhung der Weizen- und Roggenzölle, wogegen wir in Bayern auf eine gleichmäßige Behandlung aller Getreidearten dringen müssen, weil bei uns in vielen Gegenden der Getreidebau und in höher gelegenen Bezirken der Haserbau vorwiegt.

Dem Bund der Landwirte ist vor allem auch daran gelegen, die Liebesgaben für Spiritus und Zucker zu behalten, woran unsre Bauern kein oder nur wenige Grundbesitzer ein untergeordnetes Interesse haben. Die Handhabung des jetzigen Brennergesetzes drückt neuerdings auch die kleinen Brenner. Auch ist dasselbe der allgemeinen Verwendung des Spiritus an Stelle des Petroleums hinderlich, für welches jährlich 120 Millionen Mark ins Ausland gehen, die größtentheils der einheimischen Landwirtschaft zugewendet werden könnten.

Die Charakteristik, die der Bund der Landwirte in dieser partikularistischen Rundgebung erhält, ist zutreffend, wenn auch der Bauernbund selbst — trotz demokratischer Fänge — eine unklare und reaktionäre Vereinigung darstellt.

Gegen eine Erhöhung der Getreidezölle sprach sich in einer Münchener Versammlung liberaler Wähler der nationalliberale Professor Vog aus.

Trotzdem gehört wohl die Mehrheit der nationalliberalen Fraktion zum Kartell der Brotwucherer.

Neue Militärforderungen. Woloch ist hungrig. Am nächsten Tag werden, nach der „Kath. Ztg.“, für die dauernde Unterhaltung von vier Maschinenfabrik-Abteilungen Mittel gefordert. Das ist ein Beispiel der allgemeinen Einföhrung der Maschinen-geschäfte.

Dem Reichskanzler Hohenlohe hat der Bundesrat eine silbvolle Adresse gewidmet, die in den Wunsch auslingt: „Um den Abend wird es licht sein.“

Desto dunkler wird es um den Morgen der neuen Kanzlerschaft sein.

Der Kolonialrat hat sich in seiner heutigen Sitzung u. a. mit dem Mädchenhandel und der Weiberverpändung in Kamerun beschäftigt. Die Anstöße soll mit „bestem Erfolge“ bekämpft worden sein.

Was fangen aber unsre Kolonialhelden ohne Pfandweiber an? — Die Ursachen der Kohlennot sind hinreichend bekannt. Vor allem ist es die tiefenhaftige Prosperität, welche in der Eisenindustrie aller Länder in den Jahren 1898 und 1899 herrschte, sodann der

Transoakkrieg und die chinesischen Wirren, durch welche ungeheure Kohlenmassen absorbiert worden sind. Für Deutschland sind auch die Streiks der böhmischen und belgischen Bergleute nicht ohne Einfluß geblieben. Und zwar dadurch, daß die deutschen Unternehmer ungeheure Massen von Kohlen nach den Streikgebieten abführten, ohne Rücksicht auf den Bedarf im eignen Lande. So wurden allein nach Belgien an Steinkohlen und Coals ausgeführt (in Tonnen):

	Steinkohlen	Coals
1898	1 316 874	136 232
1899	1 527 578	177 710

Das war zu einer Zeit, als die westdeutsche Eisenindustrie unter argem Kohlenmangel zu leiden hatte. Was kümmert die internationale Kapitalistenklasse die heimische Industrie, wenn es gilt, die Arbeiterklasse niederzubalgen.

So sehr aber die oben erwähnten und noch manche andre Umstände dazu beigetragen haben mögen, einen größeren Kohlenverbrauch herbeizuführen, die Kohlennot hätte diesen Umfang nie erreichen können, wenn die Produktion in vollem Maße ausgenutzt worden wäre. Das ist nicht geschehen, die Produktion ist künstlich eingeschränkt worden. Aber die Bergwerksgesellschaften des Kontinents scheinen — so sagt selbst das gewiß unternehmerfreundliche „Journal des Debats“ — vorgezogen zu haben, von den hohen Preisen zu profitieren, als durch schnellere und intensivere Produktion der stärkeren Nachfrage gerecht zu werden. Das genaunte Blatt verurteilt diese Politik der Gewerke und weist auf die „Gefahr“ hin, die bei diesem Verfahren der europäischen Kohle durch die amerikanische Konkurrenz drohe.

Diese „Gefahr“, besser die Hilfe, die den Konsumenten von Amerika zu werden verspricht, ist in der That nicht zu unterschätzen. Der Export amerikanischer Kohlen nach Europa hat nach amtlichen Ermittlungen betragen in den ersten 8 Monaten des laufenden Jahres 375 761 Tonnen gegen nur 16 816 Tonnen während derselben Periode des Jahres 1899. Nach Deutschland sind davon nur 4 989 Tonnen gekommen, im Vorjahr aber sind gar keine amerikanischen Kohlen nach Deutschland gekommen.

Das amerikanische Fachblatt „The Engineering and Mining Journal“ konstatiert, daß das Verlangen nach amerikanischen Kohle seitens der europäischen Länder, namentlich der Mittelmeerstaaten, die von Deutschland und England nicht genügend Kohlen erhalten konnten, noch nie ein so intensives gewesen sei. Es knüpft daran die Erwartung, daß, wenn auch der Preis der Kohle sinkt, Amerika doch bestrebt sein müsse, mit der europäischen Kohle erfolgreich zu konkurrieren. Ein gutes Mittel, die Frucht zu verringern, werde die Subventionierung von besonderen Kohlenbooten sein, ähnlich, wie das bei dem Transport amerikanischen Petroleum geschähe.

Vom Gemeinde-Wahlrecht. Im Orte Brinkum im nord-westlichen Hannover besteht der Gemeinde-Ausschuß aus 12 Mitgliedern, von denen Klasse I 4, II 3, III 3 und IV 2 Mitglieder zu wählen hat. Aber der Ausschuh hatte die Wahlen derart geregelt, daß nicht jede Klasse der Wähler ihre Ausschuhmitglieder selbständig zu wählen hatte, sondern daß alle Wähler bei allen Klassen mitwählen durften. Nun bestanden vier Wählerklassen, von denen die 28 Wähler der I. Klasse je 2 Stimmen, die der II. Klasse je 3, der III. je 3, der IV. je 1 Stimme haben. Die Folge war, daß bei der Ausschuhwahl immer die Wähler der I. und II. Klasse die Mehrheit auch in der III. und IV. Klasse erzielten und so die Arbeiterklasse gar nicht im stande war, Kandidaten durchzubringen, die ihr pakteten. Der gegen dieses Wahlverfahren beim Gemeinde-Ausschuß erhobene Einspruch wurde abgewiesen. Daraufhin wandte man sich an den Kreis-Ausschuß, der nunmehr die Klage für begründet erkannte, den abweisenden Beschluß des Gemeinde-Ausschusses aufgehoben und verfügt hat, daß der Gemeindevorstand hinfür die Wahl der Ausschuhmitglieder in vorchriftsmäßiger Weise vornehmen zu lassen habe. Dieser Beschluß nun ist bereits am 7. Juli gefaßt worden, aber bis heutigen Tags hat der Gemeinde-Ausschuß es nicht für nötig gehalten, Neuwahlen auszuscheiden. In einer am Sonntag in Brinkum tagenden Volksversammlung ist der Fall scharf besprochen worden. Eine Protestresolution fand Annahme und eine Kommission wurde gewählt, die alle erforderlichen Schritte thun soll, um den Gemeinde-Ausschuß zur nachträglichen Ausführung der veräußerten Wahl auf rechtlichem Boden zu veranlassen. Ob die schlauen Herren von Brinkum nun ihre Widerpenstigkeit fallen lassen und Order parieren werden? Es mag ihnen hart antommen, denn sie hatten ihre Methode, die Arbeiter um ihre Siege im Gemeinde-Ausschuß zu bringen, so nach allen Seiten ausgeübt. Nun soll der schöne Traum zerrinnen. Wahrlich, man versteht, wenn die Wahlrechts-Vererber sich sperren!

Ausland.

Ein Sieg des Ministeriums Waldeck-Roussau.

Die französische Kammer Sitzung vom Donnerstag endete trotz mancher Wirren mit einem Siege des Ministeriums. Den Schluß der stürmischen Sitzung bildeten zahllose Abstimmungen. Die von dem regierungsfreundlichen Socialisten Jovais beantragte Beratung der Debatte auf den nächsten Tag wird mit 208 gegen 60 Stimmen abgelehnt. Es beginnt sodann eine zweite namentliche Abstimmung über den Antrag deselben Abgeordneten, die Debatte auf Montag zu vertagen, auch dieser Antrag wird abgelehnt. Nun beantragt Maurice Faure, die Tagesordnung Varrot mit den Javanatragern im ganzen abzulehnen; der Antrag wird mit 540 gegen 12 Stimmen angenommen. Hierauf lehnt die Kammer die einfache Tagesordnung mit 337 gegen 250 Stimmen ab und nimmt auf Antrag von Maurice Faure mit 319 gegen 222 Stimmen eine Tagesordnung an, worin der Regierung uneingeschränkte Vertrauen ausgesprochen wird. Hierzu werden Änderungsanträge eingebracht. Augé beantragt eine von Maurice Faure unterstützte Tagesordnung, die besagt, die Kammer rechne auf eine Politik der republikanischen Aktion und verwerte jeden Zusatz, der diese Versicherung herabmindern könnte. Diese Tagesordnung wird mit 316 gegen 237 Stimmen angenommen und sodann die Sitzung um 11 Uhr abends geschlossen.

Die Ministern sind also mit ihrem Versuch, das Ministerium zu stürzen, wiederum abgesehen worden. Obgleich ein Teil der Socialisten mit dem Ministerium nicht einverstanden ist, scheint doch die gesamte Fraktion der letzten entscheidenden Tagesordnung zugestimmt zu haben. Das Gerücht, welches in den Wandelhallen der Kammer auftauchte, die Minister Millerand und Monis hätten ihre Entlassung eingereicht, wurde als bald für unbegründet erklärt. Bei Schluß der Sitzung wurde von den Abgeordneten allgemein anerkannt, daß nach dem der Regierung von der Kammer erteilten Vertrauensvotum zu einem Rücktritt dieser Minister kein Grund mehr vorliege.

Bei Besprechung des Verlaufs der gestrigen Sitzung erklärt fast die gesamte Presse, die Kammer habe ein arges Bild der Verfahrenheit und Verwirrung geboten. Die republikanischen Blätter stellen mit Genehmigung fest, daß das Ministerium trotz aller Manöver der Opposition im entscheidenden Augenblick eine größere Mehrheit als jemals um sich habe vereinigen können. Die socialistischen Blätter sind durch den Sieg der Regierung gleichfalls befriedigt, bemerken jedoch, daß die Socialisten durch ihre Haltung in der Angelegenheit Cipido dem Ministerium eine heilsame Lektion erteilen wollten. Die nationalistische und konservative Presse meint, die Stellung des Kabinetts sei stark erschüttert; parlamentarischen Brauche zufolge müßten wenigstens die Minister Millerand und Monis, denen geradezu das Mißtrauen ausgesprochen sei, ihre Entlassung nehmen.

Oestreich-Ungarn.

Die „unebenbürtige“ Ehe des Thronfolgers. Man schreibt uns aus Wien, 5. November: Eine Verhandlung, wie sie das ungrische Abgeordnetenhaus seit einer Woche führt, ist nur in dieser die formalistische Eitelkeiten liegenden Körperlichkeit möglich. Es

handelt sich um die Inartikulation — wie sie dort in ihrem Kirchenlatein sagen — der bekannten Erklärung des Erzherzogs Franz Ferdinand, womit er die Rechtsfolgen seiner morganatischen Ehe anerkennt. Die bestehen bekanntlich darin, daß weder seiner Frau, noch den aus dieser Ehe entspringenden Kindern der erzherzogliche Charakter wie Mitgliedern des „Erzhauses“ zukommt, die jetzige Kaiserin Hofenberg also nie Kaiserin werden kann und die Kinder des Erzherzogs nicht erbberechtigt sind. Diese Erklärung soll nun in Ungarn als Gesetz eingetragen werden, wogegen die Opposition Widerpruch erhebt, weil die Erklärung angeblich dem ungarischen Staatsrecht entgegenstehe. Das ungarische Recht kennt den Begriff der Ebenbürtigkeit nicht und die Ehe des Thronfolgers ist nach ungarischem Gesetze eine in jedem Betracht völlig normale; würde das öffentliche Recht auf sie angewendet werden, so könnte die Thronerbenfolge durch eventuelle Nachkommenschaft nicht bezweifelt werden. Herr v. Szell hat sich bereits im Ausschuss die größte Mühe gegeben, der stürzenden Opposition die Unrichtigkeit ihrer Folgerungen darzutun, er hat im Hause eine lange Rede gehalten, ja sogar die Verfügung erhalten, die entscheidenden Stellen des Hausgesetzes der Habsburger vorzulesen — trotzdem geht die Debatte weiter, und Sitzung für Sitzung stehen Redner auf, die zwei Stunden daran wenden, zu erörtern, welche Bedeutung den zwei Worten „Austriae Archiducos“ zukommt. Es handelt sich um die Auslegung der Gesetze vom Jahre 1722/23, womit die ungarischen Stände die pragmatische Sanktion Karls VI. des letzten Habsburgers, angenommen hatten. Darin wird nun verfügt, daß jeder weibliche oder männliche Erbe, der in Gesundheit der im Durchlauchtigsten Hause Oesterreich anerkannter Ordnung der Erstgeburt Erbe der Krone und Länder des durchlauchtigsten Hauses wird, insofern eben des jenseitigen erblichen Rechts der Nachfolge als unzweifelhafter König von Ungarn anerkannt und gekrönt worden solle.“ Daran geht deutlich hervor, daß die ungarische Thronfolge-Ordnung nur abgeleitet ist aus der im Hause Oesterreich geltenden, daß sie ihr einfach nachfolgt. Und im § 7 des Gesetzbuchs II vom Jahre 1722/23 ist bestimmt, daß das erbliche Recht der Nachfolge übergehe „auf die Nachkommen des höchstseligen Leopold, insofern alle diese Nachkommen aus den Leiden dieser Kaiserin und Königin von Ungarn abstammen, derselben Nachfolge legitimer Geburt, römisch-katholischen Glaubens wie Erzherzöge oder Erzherzoginnen von Oesterreich sind.“

Der nun „Erzherzog“ ist und wodurch sich das bestimmt: das ist der Inhalt dieser langen Debatte, von der noch kein Ende abzusehen ist. Die Opposition behauptet, das bestimmte sich nach ungarischem Rechte, wogegen die Regierung dafür eintritt, daß darüber als über eine interne Angelegenheit das Hausgesetz der Dynastie kompetent ist. Es liegt auf der Hand, daß die Regierung im Rechte ist, daß für ihre Auffassung das formale Recht, für die Opposition aber nur die Verwirklichung. Der Ausgang des langwierigen Streits wird selbstverständlich kein anderer sein, als daß die Erklärung eingetragen werden wird, die Bestimmung der Thronfolge die Sache des Gesetzes der Dynastie bleibt.

Es wäre verwunderlich, warum sich die Ungarn für den ihrem Lande ganz fremden Erzherzog Franz Ferdinand so sehr erziehen und sich nicht trösten wollen, daß die böhmische Gräfin keine ungarische Königin werden solle. Aber wir meinen, die vorsichtigen Ungarn denken da an künftige Zeiten und sammeln Konfliktsmaterial. Da der Zusammenhang Oesterreichs und Ungarns immer looser und froglischer wird, so kann einmal ein Vorwand gebraucht werden, der zur Zerreißung führt. Vielleicht kann ihn die Thronerbenfolge der Kinder des künftigen Kaisers abgeben; man muß an alles denken. Allerdings heißt es, der Erzherzog, der sich von vielem Interesse für die Angelegenheiten des Staats frei fühlt, werde, um der Feindschaft dieser langen Debatte zu entkommen, auf den Thron ganz verzichten. Aber das ist nicht recht wahrscheinlich; schon weil dann die Debatte erst recht anheben würde, da zu einem Verzicht die formelle Zustimmung des ungarischen Reichstags notwendig ist. Auch die oüvrierte Diskussion über diese Thronfolgefrage ist für die Besetzung vieler Dinge in Oesterreich höchst charakteristisch.

Spanien.

Die Karlistenbewegung niedergeschlagen. Madrid, 9. November. In dem gestern abgehaltenen Ministerrathe teilte Ministerpräsident Aguirre mit, es gebe keinen bewaffneten Karlisten mehr in Spanien. Der karlistische Aufstandversuch sei völlig mißglückt; um aber jede Organisation der Karlisten zu zerstören, werde die Suspension der konstitutionellen Garantien noch aufrecht erhalten werden.

Afrika.

Eine Niederlage der Boeren meldet der Feldmarschall Roberts aus Johannesburg: Oberst Legallais übernahm die Streitkräfte der Boeren am 5. November südlich von Bothaville und brachte ihnen eine vollständige Niederlage bei. Wir erbeuteten einen Zwölfpfünder, einen Fünfzehnpfünder, vier andre Kanonen und ein Mörsergeschütz mit der gesamten Munition. Hundert Boeren wurden gefangen genommen, 25 Boeren getötet und 30 verwundet. Auf Seite der Briten wurden 3 Offiziere, unter diesen der Oberst Legallais, sowie acht Mann getötet. Sieben Offiziere und 26 Mann wurden verwundet. Präsident Steijn und General Dewet, die sich auf dem Kampfplatze befanden, zogen in großer Eile ab.

Partei-Nachrichten.

Ein wackerer Genosse, Karl Mann, der langjährige Expedient der „Freien Presse“, ist am 8. November im 30. Lebensjahre einer chronischen Herzkrankheit erlegen. Unter Oberfelders Bruderorgan widmet dem früh Verstorbenen, der zwar wegen seines Leidens öffentlich nicht hervortreten konnte, der sich aber durch geschäftliche Thätigkeit auszeichnete und unter den Stämmen des Ausnahmefalles der Partei große Dienste leistete, einen warm empfundenen Nachruf.

Genosse Kaufmann, der seit der vor sechs Jahren erfolgten Gründung des „Vollblatts für Hamburg“ dessen Redaktion angehörte, wird am 1. Januar aus seiner Stellung ausscheiden, um sich völlig der Redaktion des „Wochenblatts der Großenhainer-Gesellschaft“ zu widmen. Der bereits in der Redaktion des „Vollblatts“ thätige Genosse Julius Wochardt wird die politische Redaktion übernehmen, sodas zum 1. Januar die Stelle des Lokalredakteurs neu besetzt werden muß.

Der Parteigenosse Max Mathens aus Stettin ist in das Verlagsgeschäft der „Niederhavelischen Volkszeitung“ zu Düsseldorf an Stelle des bisherigen Verlegers, Genossen Huhn, eingetreten.

Die sächsischen Parteigenossen haben im Laufe der letzten Wochen in den ländlichen Distrikten Sachsens 90 000 Stück Agitationskalender verbreitet. Diefelben wurden überall gut aufgenommen und die Verbreiter machten die Erfahrung, daß auch die bäuerliche Bevölkerung ihre Vorurteile gegen die Socialdemokratie mehr und mehr schwinden läßt. In entlegenen Dörfern, wo man früher die Hunde auf uns hetzte, wurden die Kalenderverteiler diesmal freundlich aufgenommen. — In den drei Dresdener Wahlkreisen wurde die Göhrsche Broschüre „Wie ein Arbeiter Socialdemokrat wurde“ verteilt. — Die Dresdener Parteigenossen wollen sich nach mehrjähriger Auspause wieder an den Stadtverordneten-Wahlen beteiligen. Der erste Versuch wird einen Erfolg kaum bringen, da die Agitation für die Bürgerrechts-Erwerbung zu spät aufgenommen wurde. In den nächsten Jahren wird man aber mit Nachdruck auf diesem Gebiet vorgehen.

Politisches, Gerichtliches usw.

Im Dresdener „Volksfreund“, einem Kopfbblatt der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, war vor einiger Zeit in einem Eingekleid aus Oberneufirth besprochen worden, der dortige Fabrikant Holtsch habe von auswärtigen Weber unter dem Versprechen eines Wochenlohns von 15—18 M. herangezogen, dann aber seine Zusage

nicht nur nicht erfüllt, sondern sogar durch Lohnabzüge die Arbeiter in eine solche Kollage gebracht, daß sie der Armenkasse der Gemeinde zur Last gefallen seien. In dem von dem Fabrikanten angehängten Verleumdungsprozeß vor dem Dresdener Schöffengericht wurde zwar festgestellt, daß Holtsch nicht 15 bis 18, sondern nur 12 bis 15 Mark Verdienst für die Woche in Aussicht gestellt hatte; im übrigen aber wurde der Nachweis erbracht, daß sich die Löhne nur in einzelnen Fällen bis zum Minimum der Zusage — also 12 Mark pro Woche — erhoben, die Arbeiter Mehrbehalten und andre Produktionskosten von diesem niedrigen Lohn bezahlen mußten, wovon Holtsch nichts erwähnte, als er die Arbeiter löbete, und daß tatsächlich in einigen Fällen die zugezogenen Arbeiter die Armenkasse in Anspruch nehmen mußten, wie der Gemeindevorstand des Orts eidlich bezeugte. Damit war im wesentlichen das bewiesen, was behauptet worden war; trotzdem verurteilte das Dresdener Schöffengericht den Genossen Rieme, der den „Volksfreund“ verantwortlich gezeichnet hatte, zu 14 Tagen Gefängnis.

Salzabreibung. In Hülfs (Kr. Kempen a. Rh.) sollte Genossin Fietz-Hamburg am 5. d. M. in einer öffentlichen Versammlung über ein gewerkschaftliches Thema sprechen. Der Vorsitz halber hatte der Vorstand der Hülfs Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbands mit dem betreffenden Wirt einen schriftlichen Vertrag abgeschlossen, der den Versammlungsvorstand unter Festlegung einer Konventionalsperrung für den Abend den Saal sicherte. Nichtsdestoweniger wurde nach der Anmeldung der Versammlung einem Vorstandsmittglied durch einen Polizeibeamten namens des Lokalbesizers die Mitteilung gemacht, daß derselbe die vertragmäßig gegebene Zusage zurücknehme. Da der Wirt trotz persönlicher Rücksprache bei seiner Weigerung blieb, mußte die Versammlung in einem andren, kleineren Lokal stattfinden. Auffallend ist, daß ein Polizeibeamter einem Wirt Potendienste leistete. Der tiefere Zusammenhang läßt sich freilich ohne besondere Kombinationsgabe erraten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

In der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Abteilung Z, haben sämtliche Elektromonteur wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. Die Lohnkommission. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Achtung, Cementierer! Wie die Kollegen wissen, befinden sich die Maurer von Halle mit ihren Unternehmern in Differenzen. Wie wir aus guter Quelle erfahren, suchen die dortigen Unternehmer hier am Orte Kollegen, welche die dortige Streikarbeit fertig stellen sollen. Wir warnen an dieser Stelle, diesen Ruf zu geben und bitten, die Orte Halle und Zeit zu meiden.

Der Vorstand des Verbands der Maurer.

Deutsches Reich.

Bei der Gewerbegerichts Wahl in Erfurt haben unsere Gewerkschaften einen glänzenden Sieg errungen. Nicht nur in der Klasse der Arbeitnehmer wurden unsere Kandidaten gewählt, sondern auch in der Klasse der Arbeitgeber siegte unsere Liste mit Ausnahme einer Gruppe. Auf unserer Liste erhielten die Kandidaten 26 bis 84 Stimmen in den einzelnen Gruppen, während die Stimmzahl der Gegner zwischen 13 bis 16 schwankte. Von der Jurnung wurden nur zwei Vertreter gewählt.

Der Ausgang der Wahl ist nicht ohne Bedeutung. Erfurt ist in letzter Zeit besonders berühmt geworden durch die harten Urteile, die gegen unsere Parteigenossen gefällt wurden und es ist nur zu erklärlich, daß die Arbeiterbevölkerung in dem Ausfall der Wahl eine Protestkundgebung gegen die gelehrten Richter erblickt. Man will wenigstens aus dieser Art der Rechtsprechung, wo Laienrichter zugelassen werden, den Geist reaktionärer Rechtsprechung verbannen, der sich durch Schärfe gegen die Arbeiterbewegung kundgibt. Deshalb wählte man weder Verteidiger noch Stützen dieser Rechtsprechung bürgerlicher Gerichte.

Ein Weberstreik ist in Großenhain (Sachsen) in der Fabrik der Geschwister Bergbrock ausgebrochen. Von den 18 dort beschäftigten Webern und Weberinnen haben 17 die Arbeit eingestellt, da sie mit den niedrigen Löhnen nicht mehr auskommen konnten. Der Lohn betrug für die Arbeiterinnen nicht selten 5 M. und darunter die Weiber. Die Unternehmer haben jede Verhandlung mit den Streikenden abgelehnt. Es ist mithin der Zugang fernzuhalten.

Während des Düsseldorf-Dachdeckerstreiks gerieten vier streikende Dachdecker mit arbeitenden Kollegen aneinander und machten ihnen heftige Vorwürfe, daß sie sich als „Arbeitswille“ gebrauchten ließen. Die Sache kam vor dem Stadtrichter und der verurteilte jeden der vier Arbeiter zu 1 Monat Gefängnis.

Meineidsprozeß Maßloß in Ronitz.

Ueber die Verhandlung vom Freitag, wo die Maßloßers begangen, wird uns telegraphisch berichtet: Heute nachmittags ist der Antrag zum Schwurgerichtssaale fast lebensgefährlich. Kurz nach 3 Uhr eröffnet der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Schwebow die Sitzung mit dem Bemerkten: Ich fordere das Publikum auf, sich jeder Kundgebung zu enthalten. Der Gerichtshof ist sonst gerichtet, den Zuschauerraum räumen zu lassen und unter Ausschluß des Publikums zu verhandeln.

Alsdann nimmt das Wort zur Schuldfrage der

Erste Staatsanwalt Festtag:

Nachdem er, soweit der Tod des Winters in Betracht kommt, die Ergebnislosigkeit der Nachforschungen nach dem Verbrecher konstatiert hat, giebt er über den Fund der Leichenteile einen Meberblick.

Anfänglich hatte man die Vermutung, der Mord sei in der Wohnung einer Dirne geschehen. Bei dem Lebenslauf des Ermordeten wäre das nicht unmöglich gewesen. Deshalb wurden Nachforschungen nach dieser Seite hin angestellt, die aber ergebnislos verliefen. Alsdann lenkte sich der Verdacht gegen den Fleischer Hoffmann, da Winters mit der Tochter desselben ein Liebesverhältnis unterhalten hatte. Man glaubte, der Vater habe vielleicht das Liebespaar übertrastet. Auch hier hatten die eingehendsten Nachforschungen kein Ergebnis. 14 Tage nach dem Morde zeigte Maßloß der Polizei an, er habe am 11. März vor dem Lewyhischen Keller Wahrnehmung gemacht, die darauf schließen ließen, daß dort der Mord geschehen sei. Es wurden sofort die eingehendsten Nachforschungen angestellt, aber keine Spur gefunden. Am 25. April zeigte Frau Bloß der Polizei an, sie habe ebenfalls Wahrnehmungen im Lewyhischen Hause gemacht. Auch habe ihr ein Mord erzählt, er sei in der Nacht vom 11. zum 12. März durch die Nähmaschine gegangen. Da seien 3 Männer aus dem Lewyhischen Hofe getreten, die einen schweren Gegenstand nach dem Mönchsee getragen hätten. Auch Frau Maßloß und Frau Berg wollten verdächtige Wahrnehmungen gemacht haben. Die Angeklagten wurden schließlich eidlich vom Amtsrichter Panlau vernommen und einige Wochen später wiederum eidlich vom Landrichter Dr. Zimmermann vernommen. Da die Angeklagten sich vielfach in Widersprüchen verwickelten und ihre Angaben immer unwahrscheinlicher wurden, so sah sich die Behörde veranlaßt, Maßloß und Frau Bloß zu verhaften und gegen alle vier die Anklage wegen wissenschaftlichen Meineids zu erheben.

Maßloß hat mindestens bei seiner zweiten Vernehmung vor dem Landrichter Dr. Zimmermann einen Meineid geleistet. Er ist von dem Amtsrichter Panlau eingehend befragt worden, hat aber höchst wichtige Dinge verschwiegen. Er hat bei dieser Vernehmung nicht gesagt, daß 3 Männer mit einem schweren Gegenstand nach dem Mönchsee gegangen seien. Auf Befragen, weshalb er dieses wichtige Vorkommnis verschwiegen habe, hat er gesagt: weil er den Fleischerdiebstahl nicht angeben wollte. Das ist aber keine Ausrede. Er hat den Fleischerdiebstahl erst

begangen, nachdem die drei Männer aus dem Hof getreten waren. Das liegt also zeitlich aneinander. Schlich ist es bei der Frau Bloß und den zwei andern Angeklagten. Es ist aber auch nicht glaubhaft, daß Maßloß, als er in der Nacht des 11. März durch die Danzigerstraße ging, aus bloßer Neugier stundenlang Beobachtungen vor dem Lewyhischen Keller anstellte, da er nicht wußte, wer da wohnte. Noch ungläubwürdiger ist es, daß er, da er in der Danzigerstraße nicht genug sehen konnte, nach der Mauerstraße ging, um vom Hintergrund aus besser sehen zu können. Die Verhandlung hat auch nicht den geringsten Anhalt für den Überglauben ergeben, daß die Juden es für notwendig halten, Christen abzuschlachten, um Blut zu haben.

Der Staatsanwalt kam zu dem Schluß, daß gegen alle vier Angeklagte das Schuldig wegen wissenschaftlichen Meineids auszusprechen sei.

Sociales.

Empfehlenswerte Kommunalpolitik. Es wird uns aus Offenbach a. M. geschrieben: In der Stadtverordneten-Sitzung vom Donnerstag wurde folgender Antrag des Genossen Ulrich eingereicht: „Die Stadtverordneten-Versammlung möge beschließen: Um der unbemittelten Bevölkerung Offenbachs während dieses Winters, so lange die merkwürdigen hohen Kohlenpreise anhalten, den Bezug des Heizmaterials zu erleichtern, wird die große Bürgermeisterei beauftragt, zwecks der Abgabe an Private in Mengen von 1—5 Centner Hausbrandkohle sowie Kohlen- und Braunkohlenbriquets auf Kosten der Stadt einzukaufen und zum Selbstkostenpreis abzugeben.“ Die Ausführung dieses Antrags soll das städtische Gaswerk übernehmen und verprochen der Oberbürgermeister, der diesen Antrag als sehr zeitgemäß und zweckmäßig fand, der nächsten Sitzung eine Vorlage zu unterbreiten, die unter Umständen noch über das Gewünschte hinausgehe. Weiter wurde der Beschluß gefaßt, die Herstellung von Seitenanlagen zu Hausentwässerungen in städtische Regie zu nehmen, da es den Anschein hat, als ob die hiesigen Unternehmer sich kartelliert haben und für derartige Arbeiten Preise stellen, die über die übliche Bezahlung weit hinausgehen. Ein ebenfalls sehr bemerkenswerter Beschluß wurde bei einem Ausgabeposten für das städtische Gaswerk gefaßt, indem die bisher für die in demselben beschäftigten Osenarbeiter bestehende zwölfstündige Arbeitszeit in eine Achtsundeneinhalbstündige umgewandelt wurde und ein entsprechender Kostenermehrbetrag nachbewilligt wurde. In der Sitzung wurde auch noch bekannt gegeben, daß die nachgekaupte Konzession für die Errichtung einer städtischen Apotheke vom Ministerium erteilt wurde und dasselbe sich nur vorbehalten hat, über die Lage des Platzes für dieselbe seine Meinung kundzugeben. Die Bewährung unentgeltlicher Hebammenhilfe ist in größerem Maße in Anspruch genommen worden, als dies im Vorschlag vorgesehen war; es werden deshalb die für die unentgeltliche Beschäftigung weniger als vorgesehenen gebrauchten Beträge für ersteren Zweck Verwendung finden. Der hier seit einigen Jahren bestehende Ausschuss für Volksvorlesungen stellte den Antrag, zwecks Begründung einer öffentlichen Lesehalle, die in den Stunden von 4 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends geöffnet sein soll, einen entsprechenden Raum zur Verfügung zu stellen und gleichfalls die Heizung und Beleuchtung desselben auf städtische Kosten zu übernehmen. Diefem Antrage wurde einstimmig entsprochen, wie auch für die Zwecke der Volksvorlesungen für das Jahr 1900 noch 1000 M. bewilligt wurden.

Zur Krise in der Textil-Industrie. Dem hiesigen „Volksfreund“ wird aus Textilarbeiterkreisen berichtet, daß durch eine Nachfrage in den hiesigen Textilarbeiterkreisen ermittelt sei, daß 1270 Weber beschäftigungslos seien. Einschließlich der Spinner, Häbler, Appreteure, Stopferinnen u. a. müsse die Zahl der Arbeitslosen auf insgesamt 2500 geschätzt werden. In 20 Betrieben wurde außerdem die Arbeitszeit um 20—30 Proz. vermindert, was mit einem entsprechenden Lohnausfall verbunden ist. Kleinere Firmen haben überdies den Lohn um 3—20 Proz. herabgesetzt. In der Zukunft wird die Stadtverwaltung dringlichst aufgefordert, Koststandsarbeiten in Angriff nehmen zu lassen.

Arbeiter-Entlassungen im Buchdruckgewerbe. In Stuttgart wurde, ebenso wie in Frankfurt a. M., eine Anzahl Schriftsetzer entlassen. Auch verschiedene kleinere und mittlere Buchdruckereien haben ihre Arbeiterzahl auf ein Drittel reduziert.

Ein Antrag auf staatliche Errichtung von Sanatorien hat die socialdemokratische Partei Dänemarks im Folketing gestellt. Und zwar ging der Antrag dahin, 40 000 Kr. zu bewilligen zur Ausarbeitung von Plänen zur Errichtung von Sanatorien für dänische Kinder und an Lungentuberkulose Erkrankte. Unser Parteigenosse Klausen hatte das Referat, in dem er die Notwendigkeit der Errichtung solcher Sanatorien nachwies. Die Resultate der Verhandlung in den bisherigen unzulänglichen Einrichtungen seien sehr günstig, da 52,7 Prozent ganz geheilt und über ein Drittel nahezu geheilt worden sind. Auch auf Vornholm ist ein Kinderasyl errichtet für 70 Kinder, das pro Jahr etwa über 7000 Kr. kostet. Entweder soll ein großes Sanatorium oder mehrere kleine errichtet werden. An Sanatorien für Lungentuberkulose existiert eins, das mit Staatszuschuß erbaut ist; aber der tägliche Aufenthalt kostet 6—20 Kr. und der Patient muß bei der Aufnahme 300 Kr. deponieren. Kopenhagen baut ein Sanatorium für 325 Patienten, in dem das Taggeld 3 bis 3½ Kr. betragen soll. Der Antrag bezweckt nur, den Weg für Staatshilfe zu bahnen; für Bau und Pflege würden später große Beträge bewilligt werden müssen. Die Krankenkassen mit ihren 300 000 Mitgliedern befürworteten den Antrag. Der Justizminister Hoos hat viel Interesse für die Sache, will aber nur Staatszuschuß zu errichteten Sanatorien bewilligen. Jährlich sterben 6000 Lungentuberkulose, von denen nur 1000 selbst bezahlen können. Würden nur die Hälfte in Sanatorien eingeleitet, würde dies 16 bis 18 Millionen für Anlage und 1 Million für Betrieb erfordern. Dazu kämen für die jährlichen Kosten würden im ganzen nahezu 2 Millionen erreichen. Das könnte der Finanzminister nicht bewilligen.

Klausen wies nach, daß die Patienten nicht 1 Jahr, sondern 1½ bis 2 Jahre im Sanatorium verbringen, womit also die Summe sich um ½ bis 1½ vermindert. Die Unheilbaren müßten auch jetzt zum großen Teil von der Armenpflege versorgt werden. Ob weiter jährlich 5000 Menschen ohne Heilungsmöglichkeit sterben sollen?

Der Vorschlag wird dem Finanzausschuss überwiesen. — **Das Gelübde der Armut.** Unter dieser Etichmarke teilt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ die Einkünfte der Kirche in Oesterreich mit. Es betragen:

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß
1880	20 Millionen	—	—
1890	26	15 Millionen	11 Millionen
1895	27	16	11

Elf Millionen Gulden legt die Kirche also jährlich weg, wobei sie sich aber trotzdem einen jährlichen staatlichen Zuschuß von drei Millionen Gulden zahlen läßt. Die riesigen Erparnisse der Kapitalisten anzuwenden Kirche beweisen, wie sehr sie sich die Ausübung der christlichen Caritas angelegen sein läßt. Im übrigen wußte man es schon lange vor Goethe, daß die Kirche einen guten Magen besitzt.

Theater.

Opernhaus. Durch die endliche Aufführung des „Barbiers von Bagdad“ von Peter Cornelius hat uns das königliche Opernhaus um etwas bereichert, dessen rechte Würdigung weit über den Rahmen hinausgehen würde, der unsrem Bericht hier zur Verfügung steht. Schon die bisherigen Erlebnisse jener „Arabischen Oper“ und ihr Stand in der Geschichte der Oper überhaupt, ja selbst die künstlerische Persönlichkeit des mit allem Recht so zu nennenden

Dietermüllers Cornelius würden ein weiteres Ausbolen erfordern. Wenn daran, daß dieses Werk in der Entwicklung der dichtenden und der tönenden Kunst zu ihrer höchsten gemeinsamen Leistung einen der wichtigsten Fortschritte bedeutet und eine der gewichtigsten Rollen hätte spielen können, wenn usw. Und doch ist es lange nicht in so vollem und hohem Sinn ein Drama wie etwa Wagner's „Meistersinger“. Es ist mehr Charakter- und Dialog-Komödie. Als solche aber steht es hoch über operntextlichem Alttag, zumal durch die musterhafte Sprachführung. Die Musik hat nicht eben Gelegenheit, sich auf große Höhenpunkte hin zuheben, sondern wirkt mehr durch ihre in jedem Augenblick mächtige Charakterisierungskraft. Ihr Bestes liegt weder, trotz reicher melodischer Erfindungskraft, in der Melodie, noch auch, wie es der gegenwärtigen Stimmpositionenstufe entsprechen würde, in der Harmonik, sondern vielmehr in dem polyphonen und so überaus fein instrumentierten Stimmreichtum. Die „Geselligkeit“ der Begleitung des Gesangs durch die Orchesterstimmen ist für das Ohr des Musikers ein hoher Genuß, und die häufige canonartige Verschiebung der Stimmen gegeneinander ergibt die merkwürdigsten und wertvollsten Leistungen kompositorischer Meisterkraft. Man denke sich das, was Nüchter in der Poesie geleistet hat, ins Musikalische überführt. Indessen nochmal: solches flüchtige Beschreiben hilft nichts. Wir müssen schließen und können unter Opernleitung (falls es eine solche überhaupt giebt und hier nicht alles Gute nur in zusammenfassenden Einzelleistungen besteht) unser Kompliment machen. Es wurde überall gut gespielt, und es wurde auch gut gesungen. Hervorhebung verdient wohl unser, den Ernst wie den Scherz, den Ausdruck wie die Koloratur künstlerisch beherrschender Wah, Herr Knäuper, in der Titelrolle.

Die Vorstellung, nach der wir urteilen, war — am Donnerstag — die zweite. Diesmal ging ihr, zur Wahrung des orientalischen Dufte, ein etwas ähnliches musikalisches Zustupfen an älterem Vorrat in neuer Einförmigkeit voraus. C. M. v. Weber's einaktiges Singpiel „Abu Hassan“, gedichtet von F. R. Gieseler, ist ein köstliches Stückchen musikalischen Humors, mit so einfachen Mitteln und mit so viel Melodienkraft wirkend, daß man sich ein über's andres Mal an den Kopf greifen und fragen möchte, ob denn unsere modernste Kompositionsweise darüber hinaus einen Fortschritt bildet. Einen Cornelius, Wagner, v. Bülow, Wagner u. a. meinen wir dabei nicht im ganzen; in dem einen Punkt aber: der Schlichtheit und Einfachheit, sind auch sie nicht eben Uebersieder dieses Webers und des in ihm stehenden Mozart. Und Herr Lieban und Frau Giedl spielten das lustige Paar von Prellern, daß es nur so eine Freude war.

Eine entsetzliche Eisenbahnkatastrophe.

Amlich wird über ein Eisenbahnunglück gemeldet: Freitagabend 1/11 Uhr ist Personenzug 238 Hanau—Frankfurt bei Block 11 zwischen Mühlheim und Offenbach auf den dort haltenden D-Zug 42 aufgefahren. Der letzte Wagen des D-Zugs wurde teilweise zertrümmert. Hierbei explodierte der Gasbehälter, das austretende Gas entzündete sich und setzte die beiden letzten Wagen augenblicklich in Brand. Die Reisenden des vorderen konnten sich retten, während die des letzten aufsteigend sämtlich in den Flammen ungeschont sind. Gefundene unkenntliche Reste lassen auf den Tod von 6 bis 8 Reisenden schließen. Sonst erlitten 8 Reisende und 1 Schaffner unerhebliche Verletzungen.

Über die Namen der Personen war nichts festzustellen. Drei gefundene Goldringe tragen folgende Inschriften: Willy 28. 1. 1892, Elias 28. 1. 1892 Tak 1892, A. B. Koxobukuba 27 Cexon 1892. Ursache des bei sehr dichtem Nebel vorgekommenen Unfalls noch nicht festgestellt. Untersuchungen sind eingeleitet. Auf der Unfallstelle fanden sich sofort ein: Der Vorstand der Eisenbahn-Betriebs-Inspektion mit dem Rettungswagen der Betriebswerkstätte 1 Frankfurt, der Oberbürgermeister, Kreisrat, Polizeikommissar und Kreisphysikus sowie der Bahnarzt aus Offenbach, später der Eisenbahn-Präsident und der Kommandeur des 108. Infanterieregiments Offenbach. Das 2. Bataillon dieses Regiments sperrte die Unfallstelle ab. Die Feuerwehren aus Würgel, Mühlheim und Offenbach leisteten beste Hilfe. Die Räumungsarbeiten ermöglichten um 1/2 Uhr die Wiederaufnahme des Betriebs auf einem Seileis, sie werden bis 10 Uhr völlig beendet sein. Die geringen Leichenreste sind in die Leichenhalle des Friedhofs Offenbach überführt. Die wenigen Hundstücke hat zunächst die Bürgermeisterei Würgel in Verwahrung genommen.

Amlich wird noch mitgeteilt, daß der Eisenbahnminister nach der Unglücksstätte abgereist ist.

Von der Frankfurter Eisenbahn-Direktion erhält die „Frankfurter Zeitung“ zu dem Zugbrände bei Offenbach weitere Mitteilungen. Die über den Unfall angestellten, noch nicht abgeschlossenen Untersuchungen haben folgendes ergeben: Nach Angabe des Zugpersonals beträgt die Zahl der im D-Zuge Nr. 42 zu Tode gekommenen Personen höchstens sechs, darunter die Wartefrau. Die Feststellung der Namen der Verunglückten konnte noch nicht erfolgen. Der Lokomotivführer des D-Zugs hatte wegen starken Nebels das Haltesignal am Block 11 zu spät bemerkt und dieses über das Blocksignal hinaus. Dieses war zwischenzeitlich von der Station Offenbach entblockt. Der Bahnwärter nahm an, daß der an ihm vorbeifahrende, im Nebel verschwundene D-Zug weiter fahren würde, zog deshalb das Blocksignal nachträglich auf freie Fahrt und legte es dann wieder vorschriftsmäßig, wodurch die zurückliegende Strecke bis Mühlheim entblockt wurde.

Von einem Special-Berichterstatter, den die „Frankfurter Zeitung“ nach dem Ort des Eisenbahnunglücks entsandte, wird folgendes mitgeteilt: Die Lokomotive des Personenzugs schnitt den letzten Wagen, einen der bekannten Schlafwagen, im wahren Sinne des Wortes nach rechts und links in zwei Teile. Der Dampf der Heizung strömte sofort aus und der Gasbehälter explodierte. Der fürchterliche Anprall drückte den letzten Wagen auf den nächsten, ebenfalls einen Schlafwagen, der in die Höhe gehoben wurde, während die beiden weiteren Wagen nebst dem Packwagen auf dem Geleise stehen blieben. Durch die Explosion des Gases wurden die Trümmer des letzten Wagens augenblicklich in helle Flammen gesetzt. Die in dem zertrümmerten Wagen befindlichen Reisenden sind alle umgekommen; wer nicht durch die Gewalt des Zusammenstoßes den Tod erlitt, fand ihn in den Flammen. Ein Herr machte den Versuch, aus dem Fenster zu steigen; er hatte das eine Bein über das Fenster gelegt, als er in die hinter ihm lohenden Flammen verlor und dort den Tod des Verbrennens erlitt. Die Reisenden des vorderen Wagens sind sämtlich gerettet. Das Feuer vernichtete die Wagen bis auf die eisernen Trägergestelle. Nur bei zwei Leichen konnte man feststellen, daß es sich um einen männlichen und einen weiblichen Körper handelte. Nach Ansicht der Ärzte dürfte es sich um die Ueberreste von höchstens acht Personen handeln; genau kann das aber auch auf diese Weise nicht festgestellt werden. Eine der verunglückten Personen ist als Frau Inspektor Wolff aus Mainz ermittelt worden. Der herbeigeeilte Gatte konnte die Identität durch den am Finger befindlichen Ehering feststellen.

Gerichts-Beilage.

Was ein Lieutenant Simulation nennt. Auf ein Stück Soldatenbehandlung ließ eine Gerichtsverhandlung, die am Mittwoch vor dem Schöffengericht in Spandau stattfand, eigenartige Schlüsse zu. Die Frauen Auguste Giese und Anna Koch waren

angeklagt, am 28. August den Lieutenant Reizmann vom Pionier-Bataillon Nr. 3 öffentlich beleidigt zu haben. Dem Vorfall lag folgendes zu Grunde: Die beiden Frauen führten am genannten Tage gegen Abend in Gemeinschaft mit ihren Männern mit einem Kahn auf der Oberhavel spazieren und kamen auch in die Nähe der Schwimmanstalt des Pionier-Bataillons. Hier hörten sie lautes Schreien, welches von einem im Wasser befindlichen Soldaten ausging. Sie hörten dann weiter, wie der Lieutenant Reizmann rief: „Der Kerl hat die Schnauze voll, der faßt ja die ganze Havel aus! Laßt ihn nicht raus!“ Hierauf wäre es still geworden und sie hätten nach einiger Zeit gesehen, wie ein Mann leblos aus dem Wasser getragen wurde; auch hätten sie gehört, wie der Lieutenant sagte: „Legt ihn in die Sonne“. Hierauf wollten die beiden Frauen gefogt haben: „Das will ein gebildeter Mann sein und sagt Schnauze! Arme Leute sind auch Menschen.“ Der als Zeuge vernommene Lieutenant sagte aus, daß an dem fraglichen Tage unter den Badenden ein Mann sich befand, der in der Compagnie als Simulant bekannt war. Sobald er ins Wasser gekommen sei, ließ er sich untergehen und ging auch nicht allein wieder heraus aus dem Wasser, sondern ließ sich jedesmal heraustragen; so auch an diesem Tage. Er habe dann noch gefogt: „Laßt ihn nur liegen, er wird schon wieder mumter werden“. Nun habe er gehört, wie eine Frau gerufen habe: „Das will ein feiner Mann sein und schändet Leute!“ Dies habe ihm auch der Unteroffizier Strahl mitgeteilt. Er habe dann jemand nachgeschickt, um die Namen der in dem Kahn befindlichen Personen feststellen zu lassen. Auf Befragen des Vorliegenden gab der Lieutenant an, daß er gefogt habe: „Der Kerl hat die Schnauze voll, er faßt ja die ganze Havel aus!“ und daß die Keuherung der Frauen sich auch auf das Wort „Schnauze“ bezogen haben könne. Das werde beim Militär nicht so scharf genommen. Der Offizier giebt ferner zu, daß es für Zusehende den Anschein erwecken konnte, als würde der Mann gemißhandelt. Er sei aber sehr schwächlich und häufig krank und daher müsse mit ihm vorsichtig umgegangen werden. Trotzdem konnte er ihn aber nicht zu sehr berücksichtigen, da es verlangt würde, daß die Leute schwimmen müssen! Der Zeuge Unteroffizier Strahl behauptete, daß er deutlich gehört habe, wie eine Frau rief: „Das will ein gebildeter Mann sein und schändet die Leute!“ Welche von den Frauen dies aber gefogt, wüßte er nicht. Im übrigen schilderte er den Vorfall wie der Lieutenant. Die beiden Frauen geben noch an, daß ihnen drei nackte Soldaten nachgeschickt wurden, um ihre Namen festzustellen; als sie vom gegenüber liegenden Ufer der Havel, vom Salzhof, zurückkamen, habe der Soldat noch leblos dagelegen. Der Amtsanwalt Gehring beantragte gegen jede der Frauen fünfzehn Mark Geldstrafe ev. drei Tage Gefängnis und Publikationsbefugnis für den Verleumdigen. Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Erwiesen sei, daß eine der Frauen gefogt habe: das will ein gebildeter Mann sein und schändet die Leute. Es ist aber nicht festgestellt, welche der Frauen dies gefogt hat. Somit bleibe nur übrig die von den Frauen zugegebene Keuherung mit der „Schnauze“. In dieser Keuherung erblicke das Gericht aber keine Verleumdung, da die Keuherung „Schnauze“ nicht die eines gebildeten Manns sei. Die Frauen werden freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Es ist wohl anzunehmen, daß die Militärbehörde in diesem Aufsehen erregenden Fall von Soldatenbehandlung eine genaue Untersuchung einleitet.

Wegen unbefugter Aenderung seines Familiennamens war ein preussischer Staatsangehöriger polnischer Abkunft angeklagt worden. Der Angeklagte hat seit Kindheit an den Namen Lemanczyk geführt. Neuerdings forderte ihn der zuständige polnische Distriktskommissar auf, sich von nun an Lehmann zu nennen, weil das nach den Ermittlungen, die der Polizeiverweiser im höheren Auftrage angestellt hatte, sein richtiger Familienname sei. Alle drei Instanzen sprachen den Angeklagten jedoch frei, obwohl er auch nach dem Erlaß seiner Verurteilung seinen Namen wieder „Lemanczyk“ geschrieben hatte. Das Kammergericht schloß begründend an: Während der Vater des Angeklagten als Lehmann in das Kirchenbuch eingetragen sei, verzeichnete dieses den Angeklagten als Lemanczyk, und das Landgericht habe festgestellt, daß sich so auch der als Lehmann eingetragene Vater in den letzten Jahren seines Lebens genannt habe. Somit könne der Angeklagte nicht wegen unbefugter Aenderung seines Familiennamens bestraft werden, denn er habe den Namen nicht geändert, sondern ihn vom Vater durch die Geburt erworben, da der Vater den Namen Lemanczyk bei der Geburt geführt habe. Ob der Vater hierzu berechtigt gewesen sei, wäre eine andre Frage, komme aber im vorliegenden Fall nicht in Betracht. Der Oberstaatsanwalt irrt, wenn er annimmt, daß die Erwerbung eines Familiennamens durch die Geburt nur insofern statthabe, als es sich um den richtigen Namen des Vaters handele.

Versammlungen.

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verlehrsarbeiter hatte am Dienstag seine Generalversammlung abgehalten. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Bevollmächtigte auf das am 21. November (Dinstag) stattfindende Familienfest bei Keller sowie auf die am Freitag, den 16. November, stattfindenden zwei Versammlungen aufmerksam, in denen über die Einführung des Achtstundens-Vertrages gesprochen wird. Hierauf giebt Rein den Rassenbericht für das III. Quartal. Derselbe ergibt bei einer Gesamt-Einnahme von 22 734,59 M. und einer Ausgabe von 20 596,08 M. einen Kassendefizit am Schluß des 3. Quartals von 2138,08 M. Nach einer regen Diskussion über diesen Bericht, in der besonders das System der Einlasser und deren Nutzen besprochen wurde, wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt.

Dem Bericht des Arbeitsnachweises für das 3. Quartal ist zu entnehmen, daß im ganzen 855 Stellen gemeldet wurden, davon direkt durch Arbeitgeber 710, durch Kollegen 145. Der Branche nach wurden verlangt: Hausdiener und Packer 487, Aufseher 119, Köche, Keller- und Speicherdarbeiter 114, Lauf- und Arbeitsbücher 135. Für fest konnten besetzt werden 304 Stellen, zur Anbahnung 165 Stellen. Es konnten nicht besetzt werden: a) weil passende Kräfte fehlten, 201 Stellen; b) weil der Lohn ein zu niedriger war, 185 Stellen. Bei den besetzten Stellen betrug der höchste Lohn 27 M., der niedrigste Lohn 15 M., der durchschnittliche Lohn 20,25 M. Die längste Arbeitszeit betrug 16 Stunden, die niedrigste 8 Stunden, die durchschnittliche 10 1/2 Stunden. Sonntagarbeit wurde in 25 Fällen von 2 bis 5 Stunden verlangt. Als Arbeitslose meldeten sich im Lauf des Quartals 682 Kollegen.

Der Bericht ist als ein ganz besonders günstiger zu bezeichnen. Es wurde speziell darauf hingewiesen, daß durch die Verlegung des Arbeitsnachweises nach dem Gewerkschaftshaus am Engel-Ufer demselben keine Nachteile erwachsen sind, wie das von einzelnen Mitgliedern vorher befürchtet wurde.

Der Vorsitzende teilte mit, daß Kollege Rein einem Anse als Angestellter der Verwaltungsstelle Königsberg und als Agitator für Ost- und Westpreußen Folge leisten will und folgedessen es notwendig sei, im Dezember eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, welche die Kaiserwahl vornehmen soll. Ein Antrag der Agitationskommission des ehemaligen Lokalverbandes, das dort seinerzeit ausgeschlossene Mitglied Andreas Lode wieder aufzunehmen, findet Annahme.

In dem Bericht des Centralverbandes der Fleischer in der Nummer vom Dienstag ist ein Verum unterlaufen. Der Rassenbericht giebt nur eine Uebersicht der Lokalkasse und nicht der Lokalkasse und Centralkasse, wie im Bericht angegeben war.

Rixdorf. Ueber „Kohlenwucher, Wohnungsnot, Lebensmittel-Verteuerung und Rabatti-Sparvereine oder Konsumgenossenschaften“ referierte Genosse E. Tosi in einer Volksversammlung, die am 8. November bei Lautner tagte und den großen Saal bis auf den letzten Platz füllte. Etwa 1000 Personen waren der Einladung des Gewerkschaftskartells gefolgt. Der Referent schilderte ausführlich in gemeinverständlicher Weise, wie das Volk durch das Kohlen-syndikat und den Ring der Hauptagenten im Kohlenhandel ausgenutzt werde, behandelte dann die Aufgaben der Gemeinde gegenüber der Wohnungsnot und ging schließlich der Lebensmittelverteilung auf den Grund, indem er die Vorkerkämpfung der agrarischen Brot- und Fleischwucherer sowie die Liebesgabenpolitik der Regierung treffend kennzeichnete. Im Anschluß hieran sprach Redner über die Bestrebungen der Arbeiter, sich als Käufer Vorteile zu verschaffen. Er trat lebhaft für die Konsumvereine ein und be-läufigte die Rabatti-Sparvereine. Letztere brachten der arbeitenden Bevölkerung keinen Nutzen. Die Geschäftsleute, die ihnen angehörten, suchten sich eingelassenermaßen durch schlechteres Gewicht oder schlechtere Ware vor Schaden zu bewahren. Wollte der Arbeiter als Konsument gewisse wirtschaftliche Vorteile genießen, dann müsse er sich einem autorganisierten Konsumverein nach Art des Konsumvereins Berlin-Rixdorf anschließen. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch Wittschke, Conrad und Hendrichle, von denen Conrad den Ausschluß an den Konsum-verein Berlin-Rixdorf warm befürwortete. — Zu der Wohnung- und Kohlenfrage nahm die Versammlung einstimmig die unten folgenden Beschlüsse. Die Geschäftsleute, die ihnen angehörten, suchten sich eingelassenermaßen durch schlechteres Gewicht oder schlechtere Ware vor Schaden zu bewahren. Wollte der Arbeiter als Konsument gewisse wirtschaftliche Vorteile genießen, dann müsse er sich einem autorganisierten Konsumverein nach Art des Konsumvereins Berlin-Rixdorf anschließen. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch Wittschke, Conrad und Hendrichle, von denen Conrad den Ausschluß an den Konsum-verein Berlin-Rixdorf warm befürwortete. — Zu der Wohnung- und Kohlenfrage nahm die Versammlung einstimmig die unten folgenden Beschlüsse. Die Geschäftsleute, die ihnen angehörten, suchten sich eingelassenermaßen durch schlechteres Gewicht oder schlechtere Ware vor Schaden zu bewahren. Wollte der Arbeiter als Konsument gewisse wirtschaftliche Vorteile genießen, dann müsse er sich einem autorganisierten Konsumverein nach Art des Konsumvereins Berlin-Rixdorf anschließen.

Weihensee. Am 6. d. Mts. fand bei Hähling eine Versammlung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins statt, in der Dr. Steinert einen sehr interessanten Vortrag über Hädels Weltanschauung hielt. Unter Verschiedenem machte der Vortrager bekannt, daß am Sonntag, den 11. d. Mts., eine Agitationsstour unternommen wird. Treffpunkt früh 7 Uhr bei Park, Lehrstr. 5.

Die Hunnen in China.

Von den Plünderungen in Peking

entwirft der Missionar Arthur J. Smith in der letzten Nummer des Revue „Outlook“ ein wenig erschreckendes Bild. Herr Smith hat die Belagerung mit durchgemacht und sagt:

„Der Versuch, die „Ozeanmänner“ aus dem Lande zu treiben, habe für die Chinesen Folgen gehabt, die in der Geschichte der modernen Zivilisation einzig dastehen und ihrer nicht würdig sind. Leichen von Bürgern und Soldaten lagen überall, einzeln und in Haufen, und selten nur mit Stroh oder Matten bedeckt in den Straßen herum und wurden von den nach Tausenden zählenden Pariah-Hunden der Stadt als willkommene Beute betrachtet. Alle Hüfen, Leiche und Knochen waren mit Leichen vollgepfropft, besonders solcher von Frauen, die sich aus Furcht vor den widerlichen Vergewaltigungen durch die Soldateska selbst das Leben genommen hatten. Im schlimmsten denomenen sich in dieser Beziehung die Russen. Die berühmte Universität Han Yu ist ein rauchender Trümmerhaufen; und nur zwei von 25 großen Bibliotheken wurden vor völliger Vernichtung gerettet. Chinesische Werke von unschätzbarem Werte wurden zum Justopfen von Löchern beim Bau der Baracken verwendet, das Papier von Büchern, die viele Jahrtausende alt sind, wurde als Packpapier zum Feueranzünden und zu sonstigen häuslichen Verwendungen verwendet. (1) Die einzig dastehende „Encyclopädie des Jung-Le“, ein lexicographisches Werk von mehreren tausend Bänden, ist mühsam den Kästen aus Kumpferholz, in denen die Bücher aufbewahrt wurden, verschwendet. (1)

Die Beute,

welche bei dem chinesischen Kreuzzug seitens der Verbündeten gemacht wird, scheint eine reiche zu sein; wie es scheint, schleppt man alles, was nicht mit- und nagelst ist, davon. Am besten scheinen sich die Japaner herangehalten zu haben. Ihre Plünderbeute sollte nach ersten Schätzungen in ungefähr zehn Millionen Dollar Gold und Silber bestehen. Jetzt erzählt der Korrespondent der „Rowoje Wremja“ in Peking, daß die japanischen Truppen in Liens-Tsin, Lung-Tschau und Peking nicht weniger als 33 Millionen Yen = 100 Millionen Mark in Silber erbeuteten. Dazu kommen 185 Kanonen, 100 chinesische Dschunken und ein Dampfboot. Es heißt, daß die Japaner die ersten bei der Beute des chinesischen Schatzes oder Finanzministeriums waren und den Russen die weitere Verwahrung des Gebäudes überließen, nachdem sie es gründlich ausgeräumt hätten.

Ein Gelbbuch über die chinesischen Angelegenheiten

ist der französischen Deputiertenkammer überreicht worden. Es enthält 362 Schriftstücke, die vom 29. Juli 1899 bis zum 30. Oktober 1900 reichen. Unter den letzten Schriftstücken befindet sich die von Delcassé an die Mächte gerichtete Note vom 30. September, in welcher er die sechs bekannten Punkte in Vorschlag bringt, die den einzuleitenden Unterhandlungen als Grundlage dienen sollen. In einem vom 2. Oktober datierten Briefe macht der deutsche Vorkämpfer Fürst Bismarck dem Minister Delcassé auf das Deutschland zur Kenntnis gebrachte Edikt des Kaisers von China aufmerksam, in welchem die Namen mehrerer Prinzen und hoher Würdenträger aufgeführt werden, deren Verhaftung beschlossen worden sei. Deutschland verlange, daß die Mächte sich dahin einigen sollten, zu prüfen, ob die in dem Edikt enthaltene Liste von strafbaren Personen genügend und richtig, ob die in Aussicht gestellten Strafen angemessen und in welcher Weise die Ausführung der Verhaftung von den Mächten zu überwachen sei.

Dem Deutschen Reichstag wird man lediglich die Rechnung zur Begleichung vorlegen.

Die Wahl in Randow-Greifenhagen.

Gestern hat die Reichstags-Wahl im Wahlkreise Randow-Greifenhagen stattgefunden. Ein endgültiges Wahlergebnis liegt noch nicht vor.

Ein uns zugegangenes Privattelegramm, das die bis abends 10 Uhr eingegangenen Resultate angiebt, meldet:

Rösten (Soz.) 10 071 Stimmen, Pratorius (L.) 8789 Stimmen, Dohrn (fr. Vg.) 1084 Stimmen. Die Landorte fehlen hierbei noch.

Ein von anderer Seite eingegangenes etwas späteres Telegramm meldet für Rösten 10 536, für Pratorius 8020 und für Dohrn 1179 Stimmen. Es fehlen hierbei noch 83 Orte.

Stichwahl zwischen Rösten und Pratorius ist trotzdem wahrscheinlich. Die Konservativen erlitten gegen 1898 sicher einen wesentlichen Rückgang, da sie damals 15 020 Stimmen auf sich vereinigten, während unser Kandidat nach der letzten Meldung schon jetzt seine Stimmenzahl von 98, nämlich 10 562, wieder erreicht hat und sie sonach im Gesamtergebnis wahrscheinlich noch überschreiten wird.

Im Jahre 1898 wurde der Konservativen im ersten Wahlgang glatt gewählt, da die Freisinnigen damals nur 1241 Stimmen erhielten. Somit kann man schon nach den jetzigen unvollständigen Zahlen sagen, daß auch diese Wahl eine Niederlage der Weltmachts-Protowucherpolitik ist.

lokales.

Statistisches zum Wohnungselend. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 waren 3876 Wohnungen ohne heizbare Räume in Berlin. Die Zahl dieser unheizbaren Wohnungen stieg auf 4718. In solchen Wohnungen mit unheizbaren Räumen wohnten im Jahre 1890: 8924, im Jahre 1895 gar 13 792 Personen. Wie diese Personen in solchen unheizbaren „Wohnungen“ lebten, illustrieren folgende Zahlen: in 955 dieser „Wohnungen“ lebten je 3, in 576 je 4, in 301 je 5, in 187 je 6, in 84 je 7, in 25 je 8, in 11 je 9, in einer unheizbaren Wohnung ferner 10, in einer 11, in einer 14 Personen. Im Jahre 1895 betrug die in Berlin ortsdauernde Bevölkerung 1 677 804 Personen. Ihre Zahl ist bis heute auf über 1 870 000 gestiegen. Die Zahl derjenigen Personen, die in Berlin in unheizbaren Wohnungen leben, mag auf über 15 000 angeschwollen sein. Noch deutlicher sprechen folgende Zahlen für das Wohnungselend in Berlin. Bewohnte Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer wies die Volkszählung im Jahre 1870 183 291 mit 676 475, im Jahre 1895: 202 943 mit 710 322 Bewohnern auf. Also fast die Hälfte der Berliner Bevölkerung muß sich mit Wohnungen, die nur ein heizbares Zimmer aufweisen, begnügen. Die Behausungsziffer zeigt für diese Wohnungen fast noch gräuelhaftere Verhältnisse als die Ziffern für die Wohnungen ohne heizbare Zimmer. Es wohnen nämlich im Jahre 1895 in solchen Wohnungen, die nur ein heizbares Zimmer haben,

in einem Falle	14	Zusammen
14 Fällen je	13	„
31	12	„
127	11	„
370	10	„
1292	9	„
3173	8	„
7239	7	„
14 943	6	„
26 371	5	„
38 006	4	„
44 664	3	„
42 971	2	„
23 771	1	„

Diese Zahlen sprechen für das entsetzliche Wohnungselend, das in Berlin bereits Mitte der neunziger Jahre herrschte. Inzwischen ist zu diesen vom gesundheitlichen und sozialen Standpunkt aus tieferen Wohnungsbedingungen gar noch Mangel an Wohnungen getreten, der Anfang Oktober rund 2000 Familienmitglieder obdachlos machte!

Künstlerischer Bildersturm für Schulen?

Unser städtische Schulverwaltung kommt wirklich nicht aus der Bedrängnis heraus. Zu den hundert Wünschen und Forderungen, die ihr mit Bezug auf die Berliner Volksschulen nicht seit Jahren, nein seit Jahrzehnten immer und immer wieder vorgetragen werden, hat sich nun noch ein neuer Wunsch gesellt. Eine Gruppe von Schülern und Freunden der Schule will es sich zur Aufgabe machen, eine entsprechende Ausstattung der Unterrichtsräume der Berliner Schulen, zunächst der Volksschulen, durchzuführen. Sie empfehlen unter anderem, tüchtige Nachbildungen guter Bilder in den Klassenzimmern aufzuhängen. Der Vorschlag ist am Mittwochabend in einer ersten öffentlichen Versammlung, für die Dr. Max Adorn das Referat übernommen hatte, erörtert worden. Wir können uns lebhaft denken, welches Gesicht man in der Schuldeputation bei dem Vorschlag machen wird. Im Vertrauen gesagt, es gehört bei uns Berliner Schulverhältnissen in der That eine gewisse Kühnheit dazu, sogar einen künstlerischen Bildersturm für Schulen zu fordern. Dennoch stellen wir uns freudig an die Seite jener Schul- und Kunstfreunde, und wir haben dazu um so mehr Veranlassung, da wir selber nicht erst seit heute und gestern den Wunsch hegen und an dieser Stelle ausdrücken, daß bei der inneren Ausstattung unserer Volksschulen auch der Sinn für Schönheit zur Geltung komme. Wer die Berliner Volksschulen kennt, der weiß, wie sehr das bei ihnen bisher nicht der Fall gewesen ist. Erst der neue Stadtbaurat Hoffmann hat bei den im April dieses Jahres fertig gewordenen neuen Gemeinde-Schulhäusern im Süden bezw. Südosten der Stadt den Versuch gewagt, mit dem durch das Alter geheiligten Prinzip zu brechen und ein kleines bisschen Schönheit in die Klassenzimmer einzuführen. Wir hoffen, daß der weitergehende Wunsch, auch Bilder in den Unterrichtsräumen aufzuhängen, an ihm einen freundlichen Förderer finden wird. Neu ist dieser Gedanke nur für Berlin. In Frankreich und England ist er längst anerkannt und seit einigen Jahren auch in Hamburg. Wann wird er in Berlin verwirklicht werden? Es versteht sich übrigens von selbst, daß dabei weder an patriotische noch an religiöse Bilder gedacht wird. Der Bildersturm soll weder dem Chauvinismus noch der Rudererei dienen, sondern eine künstlerische Erziehung der Jugend andahnen.

Gewerbegericht und Vätererbeordnung.

Der Polizeipräsident v. Windheim hat im vorigen Monat folgendes Schreiben an das Berliner Gewerbegericht gerichtet: „Es ist in Aussicht genommen, die Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit in Väterereien und Konditoreien abzuändern. Hierbei sollen zugleich Bestimmungen über die Einrichtung und Beschaffenheit der den Gehilfen und Lehrlingen vom Arbeitgeber zugewiesenen Schlafräume getroffen werden. Dies kann im Wege einer auf Grund des § 120a Absatz 1 der Gewerbe-Ordnung zu erlassenden Verordnung des Bundesrats nur dann geschehen, wenn diese Räume nach den eigenartigen Verhältnissen im Väter- und Konditoreigewerbe als Arbeitsräume im Sinne des § 120a des Gesetzes angesprochen werden können. Im Auftrage der Minister für Handel und Gewerbe und des Innern erjudet dann der Polizeipräsident um eine gutachtliche Keufherung darüber, ob es nach den hiesigen Verhältnissen zulässig erscheint, die vom Meister gewährten Schlafräume der Gehilfen und Lehrlinge als Arbeitsräume im Sinne des § 120a der Gewerbe-Ordnung anzusehen. Der Ausschuh des Berliner Gewerbegerichts für Gutachten und Anträge hat gestern unter dem Vorsitz des Gewerberichters v. Schulz nach eingehender, langer Beratung beschlossen, folgendes Gutachten abzugeben: „Nach den Berliner Verhältnissen sind die vom Meister den Gehilfen und Lehrlingen in Väterereien und Konditoreien zu gewährenden Schlafräume, soweit sie direkt mit den Arbeitsräumen (Werkstätte, Werkkammer) in Verbindung stehen, als Arbeitsräume im Sinne des § 120a der Gewerbe-Ordnung, d. h. als Bestandteile von Betriebsverhältnissen zu betrachten.“ Der Ausschuh hat sich im Sinne der Regierung ausgesprochen, die bekanntlich, nachdem das Reichsgericht in einer Entscheidung sich im gleichen Sinn geäußert hat, nunmehr eine Regelung dieser unheilbaren Verhältnisse anstrebt. Im Zusammenhang mit diesen Schritten steht ein Tagesbesitz des Polizeipräsidenten vom 29. Oktober d. J., in dem es u. a. heißt: „Alle Polizeivorstände haben in ihren Revieren unangenehm darüber zu wachen, daß die Werkstätten der großen Kleiderhandlungen und Konfektionsgeschäfte, die Werkstätten der Väter, Konditoreien, Schlächter und Wurstfabrikanten nicht als Schlafräume benutzt werden. Ueber diese Revisionen ist bis zum 20. November er. zu berichten. Ferner werden die Reviere zur Hebung der Feuerficherheit angezwungen, auch gleichzeitig auf feuerpolizeiliche Unzulänglichkeiten anzudeuten.“

Eine wässrige Pulverung will der Berliner Magistrat dem Reichshof und Handlanger im Lode darbringen. Das vor dem Reichstags-Gebäude vor der dortigen großen

Freitreppe zu errichtende Bismarck-Denkmal soll auch mit vier Brunnen versehen werden. Das Komitee zur Errichtung dieses Denkmals hat sich nun mit der Bitte an den Magistrat gewandt, das zur Speisung dieser Brunnen nötige Wasser frei zur Verfügung zu stellen. Das Magistratskollegium hat beschloffen, dem Gesuch des Komitees nachzukommen vorbehaltlich der Regelung dieser Angelegenheit durch einen später abzuschließenden Vertrag.

Die Stände für Blumenhändler in der Markthalle Lindenstraße sollen nach einem vom Magistrat formulierten Antrag mit einem Kostenaufwand von 15 000 M. vermehrt werden.

Kirchliche Kathalgerien. In einer Versammlung von Kirchenwählern wurde dieser Tage bekannt gegeben, daß in der Elisabethgemeinde die Postiven den Liberalen den Einblick in die Wählerliste verweigert haben, daß sie einen Geistlichen wegen liberaler Denkart beim Konfessionen denunzierten und ihn durch die Presse in ehrenverletzender verleumderischer Weise angreifen ließen. In letzter Stunde haben die Postiven 140 Wähler wegen eines Formfehlers des Wahlrechts beraubt; einem Gastwirt Herz wurde das aktive und passive Wahlrecht entzogen, weil er erklärt hatte, er könne seines Geschäfts wegen nicht häufig in die Kirche gehen und dabei das für ihn stilles Kämmerlein. Geistliche hätten zum Kampf bis aufs Messer gegen die Liberalen aufgefordert.

Wir erwähnen diese Kathalgerien nur, um der Arbeiterschaft einen Begriff von dem christlichen Sinn zu geben, wie er gegenwärtig unter den Frommen praktiziert wird. Da die Arbeiterschaft Berlin seit langem demüthlich besseres zu thun weiß, als sich um kirchliche Fragen zu kümmern, so steht sie an sich den Kathalgerien mit der philosophischen Seelenruhe des lachenden Dritten gegenüber.

Auf die Rückständigkeit unseres Gefängniswesens weist ein Vorfall, der sich gestern vor dem zweiten Strafhammer am Landgericht II abspielte, ein großes Licht. Mit gefesselten Händen wurde der Justizhausstrahling Agent Ernst König aus Berlin aus dem Moabitir Gefängnis vorgeführt. Auf der Anklagebank wurden ihm die Handschellen abgenommen. Der Vorsitzende Landgerichts-Direktor Dr. Meißner konstatierte aus den Akten, daß der Angeklagte nach dem Grundgesetz: „Ihr laßt den Armen schuldig werden“, den gewöhnlichen „Verbrechensweg“ gewandelt ist. Erst ist er wegen Obdachlosigkeit bestraft worden, später wegen Bettelens und Landstreichens ins Korrekthaus genommen, denn er hat zum Diebstahl gegriffen und ist nach mehrfachen Vorstößen wegen Diebstahls zuletzt zu fünf Jahren Justizhaus verurteilt worden, die er gegenwärtig verbüßt. Vor seiner letzten Beurteilung hat er unbestimmten Eigentümern aus der Technischen Hochschule in Charlottenburg einen Mantel und zwei Reihbreiter gestohlen, außerdem auch noch einen kleinen Diebstahl bei einem Zeitungsdepot begangen. Ganz leise, wie unter tiefster seelischer Depression stehend, beachte er alle Fragen des Vorsitzenden, ob die Angaben der Akten richtig seien, als aber die Frage an ihn gerichtet wurde, ob er sich schuldig bekennende, da schrie er plötzlich auf: „Mag ein anderer die Strafe für mich abmachen!“ und schürzte aus der Anklagebank und eilte der Thür zu. Der einzige Bedienstete des Saals besorgte Akten und neue Vorführungen, der Ausgang war daher frei. Ob. Sanitätsrat Hippmann — der, wie später erwies, einen starken psychologischen Einfluß auf den Angeklagten ausübt und als psychiatrischer Sachverständiger amweilend war — hielt ihn am Arm fest und rang mit ihm. Der Tobstichtige kam aber doch bis zur Thür des Saals und rief diese auf. Auf Ersuchen des Vorsitzenden sprang ein anwesender Gendarm zu, doch konnte dieser nicht verhindern, daß der Tobstichtige mit übermenschlicher Kraft die äußere Thüreinstiege abdrückte und dann wie in der Hölle mit einem Stuhl nach den Anwesenden schlug, zum Glück ohne ernstes Mißheil anzurichten.

Ein halbes Duzend Männer aus dem Justizerräum sprangen hilflos herum, mit ihrer Hilfe gelang es, den Angeklagten wieder zu fesseln und auf die Anklagebank zurückzuführen. Der Gendarm blieb an seiner Seite und hielt die Fesseln fest. Der psychiatrische Sachverständige Geh. San.-Rat Hippmann gab sein Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte aus dem Justizhaus in Brandenburg zur Beobachtung seines Geisteszustands nach dem Moabitir Justizhaus gebracht worden sei. Er leide von Jugend auf an Entartungs-Irrsinn. Schon als Kind hätten sich bei ihm die Spuren des Irrens gezeigt und er hätte nie bestraft werden können, wenn er rechtzeitig auf seinen Geisteszustand untersucht worden wäre. Der Angeklagte befindet sich, obwohl er als geisteskrank im vollsten Sinne des Wortes erkannt worden sei, wieder in Strafhaft, weil eine Ministerialverfügung verordne, daß ein Irrenhinter, dessen Irrenhinter erst nach Beginn der Strafverfügung erkannt worden sei, nicht in eine Irrenanstalt zu bringen, sondern in Strafhaft zu behalten sei, so lange er die Anstaltsverwaltung der Strafanstalts-Ordnung nicht zu sehr gefährde und so lange noch ein Schimmer von Bewußtsein in ihm sei! Der Angeklagte schien bereits gebessert, wenigstens ruhiger geworden zu sein, doch er aber heute seinen Vater, den er seit Jahren nicht mehr gesehen, unter den Zeugen erblickt habe, scheine den heutigen Tobstichtersanfall herbeigeführt zu haben. Jetzt werde ja wohl im Verwaltungsverfahren anders über den Kranken bestimmt werden. Auf dieses Gutachten hin wurde der Angeklagte freigesprochen. Im Laufe der Verhandlung bekam er noch einen Tobstichtersanfall, der jedoch im Reime erstickt wurde. Ein Kriminalbeamter sollte den Gefangenen mittels Drohste nach der Strafanstalt zurückbringen, er lehnte es aber ab, den Transport allein zu übernehmen; auf Ersuchen des Vorsitzenden erklärte sich aber der anwesende Gendarm bereit, den Transport zu begleiten. Jetzt ließ sich der Gefangene ganz geduldig zurückführen.

In einer Zeit, wo eine solche Ministerialverfügung, die in ihrem sittlichen Wert etwa dem bekannten Schleierhals des Herrn v. d. Medde gleichkommt, auf irrsinnige Gefangene angewandt wird, in einer solchen Zeit ist gewissen Leuten immer noch nicht genug geschehen. Schamlos agitiert die reaktionäre Presse für Wiedereinführung der Prügelstrafe, damit auch der letzte Funke menschlichen Bewußtseins aus einem Verbrecher oder Irren heraufgeweicht werde!

So weit als möglich. Der Bürgermeister Weinmann hat dem Väterer Lie. Weser auf dessen Wunsch wegen der Antrittsrede des Bürgermeisters folgende Antwort gegeben lassen: „Berlin, den 20. Oktober 1900. Hochgeehrter Herr Väterer! Für Ihre freundliche, mir wohlthuende und mich sehr ehrende Begrüßung sage ich Ihnen meinen herzlichsten Dank. Die Arbeiter-Wohnungsfrage ist gerade gegenwärtig hier in Fluß gekommen und, so viel an mir liegt, soll sie nicht eher wieder zur Ruhe gelangen, als bis positive Beschlüsse gefaßt und soweit möglich ausgeführt sind. Wie es mit den Schulbädern hier steht, darüber habe ich mich noch nicht unterrichten können. Doch zweifle ich kaum, daß auch hier schon Bade-Einrichtungen, die in unserem Königsgberg bei keiner anderen Gemeindefaule fehlen dürfen, in gleichem Maße vorhanden sein werden. An Mitteln kann es hier doch kaum fehlen. Mit der Versicherung vorzüglichster Hochachtung sehr ergebenst geg. E. Weinmann, Bürgermeister.“

Das war, wie gesagt, am 20. Oktober. Inzwischen hat der Magistrat bekanntlich die Wohnungsfrage durch den Antrag auf Spendung der Preußenkönigs-Million in seiner Weise „gelöst“. Öffentlich hält Herr Weinmann damit die Frage nicht für abgethan.

Vorwärts Miquel acht gibt. In den letzten Tagen erhielten hiesige Kaufleute, Gastwirte usw., welche Weiten vermitteln, Strafmandate in Höhe von 10 M., weil sie nach den Ermittlungen des Polizeipräsidenten Agenturen für gewerbmäßige Betten seien und als solche das Geschäft gewerbmäßig betreiben. Die Behörde ersucht in dem Schreiben, innerhalb drei Tagen, zur Vermeidung der Zwangsvollstreckung, den Betrag einzufinden. Gleichzeitig werden

die so Bedachten aufgefordert, innerhalb acht Tagen das Bettgeschäft als Gewerbe auf dem Steueramt anzumelden, widrigenfalls weitere Maßnahmen erfolgen würden.

Geheimmittelschwindel. Polizeilich wird mitgeteilt: Unter dem Namen „Elixir Godineau“ wird vielfach ein Mittel gegen Blutarmlut angepriesen. Dasselbe wird zum Preise von 20 M. für die Flasche verkauft und verhält sich nach der Analyse wie ein mit etwa 2 Prozent Fleisch-Extrakt angelegter Jodextrakt. Solches wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht und das Publikum vor dem Ankauf des Präparats gewarnt.

Rein Streik der Kriminalbeamten. Als unwarh wird jetzt vom Polizeipräsident die Nachricht des „Ainen Journals“ bezeichnet, wonach dieser Tage eine große Zahl von Kriminalbeamten des Berliner Polizeipräsidenten zusammengetreten sei und sich im Hohl der Exekution von Disziplinarmassregeln gegen den im Stempel-Prozess als Zeugen aufgetretenen Kriminalkammermann Stierstädter durch Wort und Handschlag verpflichtet hätte, in ihrer Gesamtheit sofort um ihre Entlassung aus dem Polizeidienst einzulommen. — Die sofort eingeleiteten Ermittlungen hätten die völlige Haltlosigkeit dieser von einem Reporter verbreiteten Nachricht ergeben.

Ein deutsch-portugiesischer Gauner. Seit etwa acht Tagen ist aus Oporto in Portugal der daselbst seit längerer Zeit ansässige deutsche Staatsangehörige Paul Adolf Russe, 1. März 1868 in Pirmse geboren, welcher dort mit seinem Schwager Bastos ein umfangreiches Export- und Importgeschäft mit den verschiedensten Handelsartikeln betrieb und dementsprechend Geschäftsverbindungen in der ganzen Welt, so auch in Deutschland, unterhielt, nach Wechselfälligkeiten in Höhe von 300 000 Mark flüchtig geworden. Russe hatte ohne Wissen seines sich des besten Rufes erfreuenden Schwagers hier in Berlin Firmen- und Komensfachinile-Stempel portugiesischer Handelshäuser bestellt und diese sich in der Weise zu seinen verbrecherischen Zwecken nutzbar gemacht, daß er die mit Tinte befeuchteten Fachinilestempel auf Geschäftswechsel bedruckte und dem Abdruck auf diese Weise den Schein handelskräftiger Unterschriften gab. Russe hat sich, noch ehe eine amtliche Mitteilung über die von ihm begangenen Verbrechen hier eingegangen war, unter dem Namen eines Lehrers Schwalbe aus Posen in der Zeit von 3. bis 5. d. Mts. in einem hiesigen Hotel aufgehalten in der Absicht, mit Hilfe hier wohnhafter Angehöriger bei zwei hiesigen großen Bankhäusern untergebracht nahehafte Depots abzuheben und sich zugänglich zu machen, ein Vorhaben, das hauptsächlich an der ehrenhaften Gesinnung seiner Angehörigen scheiterte. Wohin sich Russe, welcher dunkle Haare mit beglänzendem Glanze, dunkle Augen, ein Ohrenbüchlein bei sonst glattrasiertem Gesicht hat und einen dunklen Jodettanzug, grauen Sommer-überzieher und hellbraunen weichen Filzhut getragen, von hier gewandt hat, war bisher nicht festzustellen. Es ist möglich, daß er sich in Verfolgung gleicher Absichten, wie nach Berlin, so ins Ausland, vielleicht nach London, wo er mit verschiedenen Bankhäusern in Wechselverkehr gestanden haben soll, gewandt hat; aber es ist nicht ausgeschlossen, daß er sich noch in Deutschland aufhält, um hier der Firma Russe u. Bastos gehörige Depots abzuheben.

Eine Gasexplosion. bei der zwei Personen verletzt wurden und eine nichtverschickerte Familie erheblichen Feuerbeschaden erlitt, erfolgte gestern morgen 11 Uhr, in der Anstaltsstr. 8. Der dort wohnende Gastwirt Kalkofen hatte schon seit einigen Tagen die englische Gasgesellschaft telephonisch gebeten, die Leitung nachsehen zu lassen, da sie nicht in Ordnung sei. Infolge dessen erschienen gestern früh zwei Gasarbeiter und untersuchten den Gasometer und die Leitung. Angeblick haben sie nun unterlassen, den entfernten Eisenbolzen vor dem Zuleitungsrohr wieder einzufesteln, jedoch große Mengen Gas austreteten. Während die Arbeiter und die Portierfrau Laquar in der Nähe des Gasometers standen, erfolgte plötzlich ein gewaltiger Knall und unter Mitteren flogen die Fenstergehänge auf den Hof und die Straße. Gleichzeitig schlugen Flammen aus dem Keller, und die beiden Arbeiter stürzten unter Hilserufen auf die Straße. Der eine von ihnen hatte schwere Brandwunden im Gesicht und an den Händen davongetragen, während die Verletzungen des andern weniger gefährlich waren. In schlimmer Lage befand sich Frau Laquar, die sich nach der Stube geflüchtet hatte. Sie wurde von zwei Männern durch das Fenster nach der Straße befördert, da die Flammen den Ausgang versperrten. Sie hat durch das Feuer, das von der Wehe gelöst wurde, den größten Teil der nicht verschickerten Einrichtung verloren.

Taschendiebe scheinen immer noch mit Vorliebe auf den Berliner Wohnhöfen zu „arbeiten“, obgleich gerade dort die Kriminalpolizei in der letzten Zeit mehrere abgefangen hat. Gestern abend sahen Kriminalbeamte wieder einen feingekleideten Mann in Begleitung einer Dame sich auf dem Lehrter Bahnhof bewegen. Er ließ die Dame wiederholt allein im Wartesaal, ging dann in der Halle auf und ab und drängte sich auffallend an andre Leute heran. Die Beamten konnten aber nicht feststellen, daß ihm ein Verluh, ein Portemonnaie aus einer fremden Tasche herauszuholen, gelang. Nach längerer Zeit nahm sich der Verdächtige einen polnischen Arbeiter aufs Korn, der sich eine Fahrkarte gekauft hatte. Der Pole wollte sein Portemonnaie wieder einstecken, steckte es aber an der Tasche vorbei und ließ es auf den Boden fallen. In demselben Augenblick hatte es der in seiner unmittelbaren Nähe stehende seine Herr auch schon erwischt, um damit aus der Halle zu verschwinden. Die Kriminalbeamten waren nun ihrer Sache sicher und gingen dem Spüghunden nach. Als sie ihn drauher festnahmen, fanden sie aber das gestohlene Portemonnaie nicht bei ihm, wohl aber eine größere Summe Geld. Eine Täuschung war jedoch unmöglich, da auch andre Leute den Vorgang gesehen hatten. Als sie nun noch einmal den Weg, den der Festgenommene zurückgelegt hatte, genau absuchten, entdeckten sie das Portemonnaie im Gebüsch hinter einem Baum. Trotz seines Verwehns wurde der Ertrappte jetzt nach dem Polizeipräsidenten gebracht.

Ein Opfer der elektrischen Straßenbahn wurde die Frau Geh. Hofrat Johanna Pahl in Halensee, die dort Kurfürstendamm Nr. 114 wohnte. Die 66jährige, noch sehr rüstige und äußerst vorzügliche Dame hatte Dienstagabend die Straßenbahn benutzt und stieg auf der Halenseer Brücke vom Hinterperon des Vorderwagens ab. Sie hatte erst mit einem Fuhe die Erde berührt, während sie mit dem andren noch auf dem Trittbrettle stand, als der Wagen ausog und die Dame dadurch zu Fall brachte. Der Anhängewagen erfaschte sie und schleppete sie eine Strecke mit. Hierbei zog sich Frau Pahl nicht nur verschiedene Rippenbrüche zu, sondern auch der Leib wurde ihr förmlich aufgerissen. Man schaffte die Schwerverletzte nach ihrer Wohnung und sorgte schleunigst für ärztliche Hilfe. Diese erwies sich indes als erfolglos. Unter ungeheuren Schmerzen verbrachte die Verunglückte fast noch einen vollen Tag. Erst Mittwoch, nachmittags 8 1/2 Uhr, erlosche sie der Tod von ihren Leiden.

Zur Feier von Schillers Geburtstag veranstaltet das Schiller-Theater heute für die Pölinge der Berliner Gemeindefaule eine Vorstellung von „Wilhelm Tell“.

Feuerberst. Ein größeres Schadenfeuer am Freitagnachmittag in der Glaswaren-Fabrik von Porzh Rosenow in der Mitterstr. 87 zum Ausbruch. In dem Lagereller hatte die Verpackung des Glaslagers auf nicht ermittelte Weise Feuer gefangen, das rapide die Regale entlang lief und eine starke Verqualmung herbeiführte. Tapentreue mußten unter Benutzung von Rauchapparaten vorgehen. Erst nach fast einständigem Wassergeben war der Brand vollständig gelöscht. Der verursachte Schaden ist erheblich. Vorher waren Strauhergerstraße 11 und Poststr. 43 kleine Wohnungsbrände zu besichtigen. Donnerstagabend wurden Gubenerstr. 3 Gardinen und Möbel durch Feuer be-

Königst. Neue Königst. 10 hatte überglühendes Fett Feuer gefangen, das indes im Keim erstickt wurde. Am Reichstagsufer war eine Straßenlaterne umgefahren und das ausströmende Gas brannte mit hoher Flamme. Außerdem wurden kleine Wohnungsbrände von Marktstr. 52, Reichsbergerstr. 170 und Kirchstr. 27 gemeldet.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Den Mitgliedern des Wahlvereins für Lottow-Besetz-Storow-Charlottenburg nochmals zur Nachricht, daß am Sonntag, den 11. November, ein Besuch der Urania stattfindet. Billets a 40 Pf. sind nur noch beim Kassierer Henschke, Goethestraße 13, zu haben.

Stralau - Nimmelsburg. Die Mitglieder des social-demokratischen Vereins, die ein Protokoll des diesjährigen Parteitags wünschen, werden ersucht, solches bis spätestens 1. Dezember in Nimmelsburg beim Genossen Dehling, Schillerstraße 13, und in Stralau beim Genossen Otto Krumm, Stralau Nr. 20, Hof rechts, wohnhaft, zu bestellen.

Schöneberg. Sehr aufgebracht sind unsere Spießer über das Verhalten der königl. Polizeidirektion in betreff der Ueberwachung ihrer Vereinsversammlungen. Hatte da der Bezirksverein „Berliner Ostteil“ eine Vereinsversammlung mit Damen einberufen, in welcher der königl. Kreis-Parasiten- und Stadtrat Jassé einen Vortrag über „Nischenhäuser in Nordamerika“ halten soll. Man denke sich nun das Erscheinen der bonnetten Gesellschaft, als plötzlich die Thür aufgeht, ein uniformierter Schumann erscheint und in dem Saale Platz nimmt. Dies Ereignis hat selbstverständlich den Unmut der Mitglieder erregt; man hofft aber, daß es nur eines Hinweises bedarf, um diese peinliche Ueberwachung in Zukunft abzuwenden.

Daß Arbeitervereine auf Schritt und Tritt von der Polizei bewacht werden, ist in den Augen der freiheitsliebenden Spießer natürlich ganz in der Ordnung.

Von dem Herrn Stadtverordneten-Vorsitzer G. Müller werden wir um die Mitteilung gebeten, daß er in seinem Referat in der letzten Sitzung der Stadtverordneten eine Wohnungsnot nur für Schöneberg bezweifelt und dementsprechend sich auch geäußert habe.

Mit ca. 7000 Centner Kalk und Zement ist ein Kahn auf der Spree zwischen der Kreptower Brücke und der Oberbaumbrücke gesunken. Die Katastrophe ging so schnell vor sich, daß der Schiffer mit Frau und Bootsmann sich knapp retten konnten. Der Kahn sollte stromaufwärts nach der Abblastele in die Stadt hineingeschleppt werden, bis plötzlich gegen Abend, als es bereits dunkel geworden war, hinter der Kreptower Brücke das Unglück geschah. Kahn und Ladung sind zwar versichert, jedoch nicht die mitgeführte Habe der Schiffsleute. Heute wird der Kahn entladen und dann mit Kettenwinden von zwei andern Rähnen hochgebracht werden. Man nimmt an, daß sich an seinem Boden mehrere Planen gelöst haben, wodurch das jämmerliche Enten veranlaßt worden ist. Da er in seiner schiefen Lage den Wasserweg beengt, wird das Flotmachen möglichst beschleunigt werden.

Die Errichtung einer Pensionskasse für die städtischen Arbeiter in Spandau ist nun doch in sichere Aussicht genommen. Die Angelegenheit hat schon seit Jahren die städtischen Behörden in Spandau beschäftigt; der Magistrat beschloß schließlich jedoch, von der Errichtung einer Pensionskasse abzusehen und die Entscheidung über die Pensionierung einzelner Arbeiter von Fall zu Fall den Verwaltungsdeputationen zu überlassen; er unterbreitete auch den Stadtverordneten einen entsprechenden Antrag. Unsere Genossen im Stadthaus opponierten natürlich heftig gegen eine solche Erledigung der Sache und Genosse Duda unterbreitete in der Stadtverordnetenversammlung am 11. Oktober einen von der social-demokratischen Fraktion ausgearbeiteten Entwurf eines Statuts für eine solche Pensionskasse. Dieser Entwurf wurde der bestehenden gemischten Kommission zur Beratung überwiesen und diese hat sich jetzt für Errichtung einer Pensionskasse schlüssig gemacht und das Statut mit einigen Abänderungen angenommen.

Eingegangene Druckschriften.

„In freien Stunden“, illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk in Wochenheften a 10 Pf. Die Lieferungen 43 bis 44 sind schon erschienen.

Eine populäre Broschüre gegen das Centrum ist (soeben im Verlag der Buchhandlung Bornworts in Berlin erschienen; Worte und Thaten des arbeitervfeindlichen Centrums von Gustav Hoch stellt sich diese zur Massenverbreitung bestimmte Schrift. Der Einzelpreis beträgt 10 Pf., zur Massenverbreitung ist eine eigne billige Ausgabe veranstaltet.

Bereinskalendar.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Vorsitzender Richard Thate, Schöneberg, Grünwaldstr. 9. Erster Kassierer Seifrit, Hildich - Straße 16. Alle Änderungen im Bereinskalendar sind zu richten an Otto Raske, Reichsbergerstr. 116a. **Sonnabend**, abends 9-11 Uhr: Liederschilde und Aufnahme neuer Mitglieder. - **Pyrania**, Gödel, Landberger Allee 156. - **Songes-Ges.**, Arden, Rannigstr. 6. - **„Immergrün“**, Tegel, Rentner, Spandauerstr. 15. - **„Bild zu“**, Poritz, Panitzsch 32a. - **„Dand in Dand II“**, Friedrichsberg, Woffe, Frankfurter Allee 14. - **„Fisch auf I“**, Friedrichsberg, Paul, Nimmelsburgerstr. 45. - **„Weiße Rose II“**, Weidenheide, Sorrer, Straßburgerstr. 56. - **„Garten I“**, Lestow, Berg, Lehndorferstr. 6. - **„Sängerclub“**, Lindenwalde, Schulze, Weißerstr. 34. - **„Ginigkeit II“**, Reinholdsdorf, Wark, Weißel, Wittelstraße. - **„Geh II“**, Marzahn, Pleibke bei Pärtenwalde, Grosch. - **„Gemischter Chor“**, Lindenwalde, Gerhart, Haag 5. - **„Ober-Schöneberger Liedertafel“**, Ober-Schöneberg, Wogauer, Cölonstr. 5. - **„Jendholz“**, Bester, Biegenstr. 6.

Arbeiter-Räuberbund Berlin und der Umgegend. Änderungen im Bereinskalendar sind zu richten an Albert Liebetreu, Berlin, Pankowstr. 44. **Sonnabend**: Angler I, Eichenberger, Zimmerstr. 59 (alle 14 Tage). - **„Sabana II“**, Romanow-Rosenberg, Bernhardt, Vrieserstr. 31. - **„Bild auf“**, Rüdigersd. Kolbe, Greve, Heimstr. 19. - **„Kuba“**, Mehrwald, Alte Jakobstraße 64/65. - **„Boppel“**, Dahmitz, Buchholzerstr. 5. - **„Sabana I“**, Kirchhof, Pflanz, Juliusstr. 59. - **„Blauer Dampf“**, Doye, Müllerstr. 32a. - **„Kommune“**, Bärlich, Drontheimerstr. 1a. - **„Grüne Wiese“**, Schneider, Stralauerstr. 63. - **„Wafferturm“**, Schwarz, Straßburgerstr. 32. - **„Ginigkeit III“**, Wählert, Herzfelde, Dampfstraße. - **„Guter Tabak“**, Kupitz, Teltow, Hoher Stempelweg 41. - **„Gemischte V“**, Vitz, Lehndorfer, Rindplatz. - **„Klub 1900“**, Ruppert, Vindischerstr. 87. - **„Angler I“**, Buleger, Zimmerstr. 60.

Central-Räuberbund. Zuschriften an Max Koch, Kirchhof, Bernmannstraße 34. **Sonnabend**: Lange Wiese, Kirchhof, Schröder, Knechtelstr. 60. - **„Bild auf“**, Kirchhof, Koller, Knechtelstr. 49. - **„Frohheit“**, Kirchhof, Dier, Bernmannstr. 115. - **„Grüne Wiese“**, Vichterfelde, Schmidt, Wilhelmstraße. - **„Gedächtnis“**, Vichterfelde, Voigt, Moitstr. 33. - **„Grüne Erde“**, Lehndorfer, Käp, Berlinerstr. 1. - **„Gemischter Choral“**, Potsdam, Schade, Zimmerstr. 2. - **„Seemanns Lust“**, Potsdam, Lützenstr. 43. **Gasthof**. - **„Germania“**, Tegel, Klippstein.

Arbeiter-Turnerbund. **Sonnabend**: Tarn, Pichte, Berlin, abds. 8-10 Uhr: 1. Männer-Abt. Friedenstr. 37. - 3. Männer-Abt. Bodestr. 17/20. - 7. Männer-Abt. Reichsbergerstr. 131-132. - 8. Männer-Abt. Döbberstr. 36/37. - 2. Verlings-Abt. Stallgerstraße 55-56. - 4. Verlings-Abt. Stiemendstr. 20 (Potsdam). - 5. Vert. Abt. Kieferstr. 67. - **Freie Turnerschaft Johannisthal** abds. 9-10 Uhr: Esselbecken. - **Turnerschaft B. Artus** (gegründet 1882), 1. Verlings-Abteilung 8-10 Uhr abds. Rantewitzstr. 7. - **„M.D. Turn.“** in Adlershof, Schwaner, Bismarckstr. 16, 8 1/2-10 1/2 Uhr abds.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. **Sonnabend**, Theater- und Vergnügungsverein „Germania“, Kommerstraße 36. - **Theaterverein „Bohemia“**, Bieschow, Peterstraße 18. - **Schauspielklub „Centrum“**, Kommerstraße 20.

Raumvereine. **Centrum.** Jeden letzten Sonntag im Monat, Prog. Kamenstr. 9.

Wagnische Zusammenkünfte mit Damen im Restaurant des Gewerkschaftshauses. **Sonnabend**: Buchbinder.

Deutscher socialdemokratischer Kreisclub in Paris. 82 rue Notre-Dame de Nazareth, 3e arrond. Brasserie des 3 Suisses. Jeden Sonnabend öffentliche Versammlung; reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht.

London. Der einzige hiesige socialdemokratische Verein Londons, der alle von Karl Marx und Friedrich Engels 1846 mitbegründete kommunistische Arbeiter-Bildungsverein denket sich nach wie vor 49 Tottenham Street, Tottenham Court Rd., London. Alle Anfragen in gewerkschaftlichen und parteigenössischen Angelegenheiten sind an vorstehende Adresse

unter Bezeichnung: „An den 1. Sekretär zu Händen des Vereinsvorstands, zu richten.“

Berein Bornworts, Johannsburg (Trandbau), Vereinsklub Progress-Bierhalle, Corner of Marshall and Small Street.

Deutscher Arbeiterverein Brüssel. Verleghs- und Vereinsklub: Maison du peuple.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 11. November, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindefschule, Kleine Franzfurterstr. 6: Versammlung. **Freireligiöse Vorlesung.** - Um 10 1/2 Uhr vormittags, ebenfalls: Vortrag des Herrn Wilhelm Bälge: „Leib und Seele.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. - Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im unteren Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstr. 27 a: **„Beschickende Versammlung.“** Wichtige Tagesordnung: 1. Protokoll. 2. Anschaffung eines Harmoniums. Weiße Quittung legitimiert.

In der humanistischen Gemeinde, Mohrenstr. 47, im oberen Saal des Brandenburger Hauses, hält am Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, Herr Bernhard Limper einen Vortrag über seine Reise nach der Weltausstellung in Paris. Zahlreiche Bilder der Ausstellung werden vorgeführt. Damen und Herren haben freien Zutritt.

Verband deutscher Mühlenarbeiter. Sonntag, den 11. November, nachmittags 3 Uhr, im Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81: **Versammlung.** Vortrag: **„Geschäftliches.“**

Über-Schöneberg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Töpfer eine **Versammlung** des Arbeiter-Bildungsvereins statt.

Vermishtes.

Schiffsunfälle. Aus Cherbourg wird berichtet: Der Hamburger Dampfer „Judia“, der von Northfolks kommend, nach Reggio mit einer Kohlenladung fuhr, traf am 7. November nachmittags mit dem englischen Dampfer „Amarillis“ zusammen, der das Rotzeichen gegeben hatte. Kapitän Piper von der „Judia“ verfuhr die Hilfe zu leisten, aber die See ging hoch, und eine große Welle schleuderte die „Amarillis“ auf die „Judia“, welche, oberhalb der Wasserlinie durchbohrt, sofort sank. Die „Amarillis“ nahm 17 Mann von der Mannschaft der „Judia“ an Bord, die in Cherbourg gelandet wurden. Drei Mann von der „Judia“ sind verschwunden. Kapitän Piper hat sich heldenmütig benommen. Eine spätere Nachricht besagt: Laut in Hamburg eingegangener Meldung hat sich der Zusammenstoß des Dampfers „Judia“, der der Firma Mend in Harburg gehört, mit dem englischen Dampfer „Amarillis“ in wesentlichen anders zugetragen, als die erste Meldung aus Cherbourg berichtete. Der Dampfer „Judia“ ist nicht gesunken, sondern mit einer Beschädigung, die er beim Rettungswerk erhielt, in Cherbourg angekommen. Die „Judia“ hat die gesamte Mannschaft des „Amarillis“ an Bord mit Ausnahme von zwei Mann, die umgekommen sind. - Wie aus Elbing gemeldet wird, stießen gestern auf dem Elbingflusse bei Terra Nova der Tourndampfer „Julius Vorn“ und das Segelschiff „Johanne Catharine“ zusammen. Beide Schiffe sanken, der Kapitän des Segelschiffes, Hajfeldt ertrank.

Nach ein Eisenbahn-Unglück. Aus Brüssel wird vom Freitag gemeldet: Der heute früh von Boulers abgegangene Personenzug ist auf der Station Braine-l'Alleud, unweit Waterloo, von einem Güterzug angefahren worden. Die erste Wagen des Personenzugs sowie die Maschine und mehrere Wagen des Güterzugs wurden vollständig zertrümmert. Wie gemeldet wird, sind der Heizer und der Lokomotivführer des Güterzugs tot, 11 Reisende, der Mehrzahl nach auf der Fahrt nach Brüssel befindliche Arbeiter, schwer verletzt.

Des Prinzen Aribert soll sich der Staatsanwalt annehmen. Der „Anhaltische Staats-Anzeiger“ bringt in seiner Nummer vom 8. November folgende Mitteilung: In einem kürzlich erschienenen Artikel des „Frankfurter General-Anzeigers“, welchen die „Saale-Zeitung“ wiedergibt, finden sich die Besprechung der Eheverhandlungen des Prinzen Aribert betreffende Auslassungen über das Vorleben des Prinzen, welche sich als böswillige Verleumdungen charakterisieren. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist auf Antrag des Prinzen Aribert die Strafverfolgung gegen beide genannte Blätter im Wege des gerichtlichen Verfahrens bereits eingeleitet worden.

Hilftiger Postgehilfe. Das Polizeipräsidium teilt mit: Der Postbureaugehilfe Willibald Bassing in Bamberg ist nach Unterschlagung von ungefähr 50 000 M. amtlicher Gelder am 26. Oktober flüchtig geworden. Bassing ist 39 Jahr alt, trägt einen schwarzen Schurdkart, hat eine kräftliche, bleiche Gesichtsfarbe und spricht ausgeprochen oberbairischen Dialekt. Auf seine Ergreifung mit dem größeren Teil des unterschlagenen Geldes ist von der Staatsanwaltschaft in Bamberg eine Verolohnung bis zu 500 M. ausgesetzt worden.

In einer chemischen Fabrik zu Leopoldsdorf ereignete sich gestern eine Dampfkegel-Explosion. Zwei Personen wurden getötet, 3 schwer und 7 leicht verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Motiv. Sie können doch nicht im Ernst glauben, daß wir solche Mitteilungen von einem Anonymus aufnehmen können. Wenn Sie sich uns persönlich vorstellen, dann läßt sich über die Sache reden, andernfalls Papierkorb.

Abkondent I. Fragen Sie bei dem Betreffenden selbst einmal an. **N. 24. 5307.** Es liegt kein versicherungspflichtiger Betrieb vor, da weder regelmäßig mindestens 10 Arbeiter dort arbeiten, noch Maschinen zur Anwendung kommen. - **Rob. Pfeiffer, Köln.** - **N. 3.** 1. Die Sachen werden nicht durch Heilbarkeit für Eigentum. Sie können nur entweder öffentlichen Verkauf androhen und ausführen lassen oder die Forderung eintragen und sodann pfänden und verkaufen lassen. 2. Fordern Sie den Schuldner zur Befreiung des Mißstands auf und fügen Sie nach Ablauf einer Fristlos dem Hauswirt gestellten Frist auf Befreiung des Mißstands. - **N. 17.** Der Staatsanwalt ist leider nicht berechtigt, in vermögensrechtlich Interessante Angelegenheiten einzugreifen. Ob eine Verurteilung eintritt und wie hoch eventuell die Strafe sein wird, läßt sich nicht prognostizieren. - **N. 23.** Der Bräutigam muß dem Brautpaar die zum Besuch der Fortbildungsschule erforderliche Zeit gewähren. - **N. 11.** 1. Sprechstunde mit dem Vorvertrag in der juristischen Sprechstunde vor. 2. Ja. 3. Nein. - **N. 2. 70.** 1. Wenn nicht anders verhandelt ist, so beträgt für das häusliche Gewerbe die Rindlungsfrist 8 Wochen zum Quartalsanfang. 2. Weibler ja. 3. Ja: innerhalb eines Jahres. - **N. 6. Frankfurt a. C.** Da Sie den Betrag gefunden haben, sind Sie zur Zahlung des Gemeinanteils verpflichtet. - **N. D. 1.** und 2. Ja. 3. Unbestimmt. - **N. B. 15.** Sie können beim Amtsgericht auf Entschädigung mit Erfolg klagen. - **Winklerlehreng Jehna W.** 1. Für die Klage ist das Amtsgericht Jöhna zuständig. 2. Der Vertrag ist noch gültig. - **Wjg.** 1. Eine Klage gegen die Gemeinde auf Zahlung der vereinbarten Vaterun- anstandsgebühr hat Aussicht auf Erfolg, wiewohl der Gemeindevorstand aus Liebe zur Macht der Finsternis das Ansehen der Kaserne für den April unterjagt hatte. 2. Zweihundert. - **Veig 23.** 1. Ja. 2. Durch die Antwort zu 1 erledigt. - **J. A.** 1. Weibler nein. 2. Das Annahms-Schiedsgericht ist für Klagen gegen Annahmsweiser zuständig, das Gewerbegericht für Klagen gegen Nichtannahmsweiser. - **Charlottenburg.** Am 1. Mai. - **N. C. 1. 1.** Sie können dem Jubilantler eine angemessene Frist zur ordnungsmäßigen Herstellung stellen und können nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist vom Beitrage zurücktreten. Ob das Ereignis in der That nicht ordnungsmäßig gemacht ist, begünstigt vor Gericht ein Sachverständiger, dessen Urteil sich nicht vorandlagen läßt. 2. Nein. - **N. 6. 1.** Für Zahlung der Kirchensteuer sind Sie verpflichtet, solange Sie nicht aus der Kirche ausgeschieden sind. Sind Sie aus der Kirche ausgeschieden, so erlischt Ihre Pflicht zur Zahlung der Kirchensteuer mit Ablauf des Kalenderjahres, das auf Ihren Austritt folgt. - **Trandbau-Vor.** Eine Grenze für Ihre Ausübungspflicht giebt es nicht. Sie können nur Ihre Forderung eintragen und dann die Sachen auf Grund des Urteils pfänden und verkaufen lassen. - **N. 6. 1.** Sollen Sie Ihren Vertrag durch; nach demselben werden Sie wohl zur Befreiung des Grundstückes verpflichtet sein. Steht eine dahingehende Bestimmung nicht in Ihrem Vertrag, so ist das Ansehen des Werts unzureichend. 2. Und unbekannt. - **N. 1. 1.** Neanderstraße. Kommen Sie in die nächste Sprechstunde. - **N. 7.** Die Befreiung der Konventionalschulden ist in Ihrem Fall unzulässig. Hat eine empte Verlobung stattgefunden, so ist die ohne Grund verlassene Braut berechtigt, die Verlobung und Verlobungsgeld zurückzufordern und Ertrag des etwa erwachsenen Ehekens zu verlangen. Der Schadensersatz ist ein höherer, wenn die uneheliche Braut sich ihrem Bräutigam

hingegen hat. Zuständig für die Klage ist bei Objekten bis 300 M. das Amtsgericht, darüber hinaus das Landgericht. Beispiele für solche Klagen finden Sie in dem dem „Arbeiterrecht“ angehängten „Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch“ S. 220, Nr. 11. - 100. Der Sohn scheidet durch Austritt des Vaters aus der Landeskirche nicht mit aus, müßte vielmehr (nach vollendetem vierzehnten Lebensjahr) selbst auscheiden.

Marktpreise von Berlin am 8. November 1900

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen, gut D. 12	14,55	Kartoffeln, neue, D. 12	6,-
„ mittel	14,50	„ do., 1 kg	1,00
„ gering	14,40	„ do., 1 kg	1,00
*) Roggen, gut	14,55	Schweinefleisch	1,60
„ mittel	14,50	Rindfleisch	1,80
„ gering	14,40	Hammerfleisch	1,80
*) Gerste, gut	15,50	Butter	2,80
„ mittel	14,70	Eier 60 Stck	4,80
„ gering	13,50	Korpfen 1 kg	2,20
*) Hafer, gut	16,20	Kale	2,50
„ mittel	15,10	Bander	2,80
„ gering	14,10	Hedde	1,80
Rüchstroh	7,32	Parfäde	1,80
Gen	7,50	Schleie	3,-
Gersten	40,-	Bläue	1,40
Speisekohlen	45,-	Krebse per Schot	12,-
Lein	70,-		2,50

*) ab Bahn.
*) frei Wagen und ab Bahn.
Produktenmarkt vom 9. November. Getreide. Infolge des fortbauend milden Wetters war der Warenbeleg bei reichlichem Anlombsangebot sehr gering und die Haltung lustlos. Weizen war auf keine New Yorker Notierungen etwas feier, Roggen hingegen schwächer. Im weiteren Verkehr schwächte sich die Haltung für Weizen ab auf Nachrichten aus Argentinien, daß die Nachfröste dort keinen Schaden angerichtet haben und daß man dort einen mittleren Ernteertrag erwarte. Hafer lag still und eher schwächer. Rüböl wich durch spekulative Verkäufe um 0,60 M. Spiritus. 70er Locospiritus notierte unverändert 46,50 M.

Witterungsübericht vom 9. November 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere hohd mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. 1/2° C. u. 4° F.	Stationen	Barometere hohd mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. 1/2° C. u. 4° F.
Eutinende	762	S	4	Schnee	4	Amarna	751	S	6	Regen	5
Damberg	759	S	6	h. b. d.	6	Petersburg	767	S	2	Regen	1
Berlin	764	S	3	Wolken	3	Sot	756	S	4	Regen	7
Frankf./M.	765	S	1	Regel	5	Herden	743	S	2	h. b. d.	5
München	767	S	3	bedekt	4	Paris	-	-	-	-	-
Wien	767	S	1	Regel	8						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 10. November 1900.
Ziemlich warm bei frischen südwestlichen Winden und zunächst zu nehmender, später wieder abnehmender Bewölkung; etwas Regen.
Berliner Wetterbureau.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Drechsler **Adolf Schulze** am 8. November verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 11. November, nachmittags 3 Uhr, von der Kranenstraße 63/64, aus nach dem Friedhof in Nieder-Schönhausen statt. Um zahlreiche Beteiligung der Kollegen ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Heute morgen verschied sanft nach fünfzigjährigem Leben mein geliebter Mann, der Parkettstichler **Otto Scheerer** im 42. Lebensjahre. 9515 Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr von der Reichshalle des Kirchhofs der Friedrichsgemeinde in Nieder-Schönhausen statt. Sophie Scheerer geb. v. Bromen.

Arbeiter-Gesangverein „Immergrün“ zu Tegel.

(Mitgl. d. A. S. B.)
Am 8. November, vormittags 11 Uhr, entschließt nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenen Leiden unser treues Mitglied und Mitbegleiter **August Berndt.**

Wiederum hat der Tod einen Sangesbruder und Genossen aus untrer Mitte gerissen. Die Mitglieder bebauern in dem Gutschlafenen einen zielbewussten Kollegen und werden sein Andenken stets hochhalten. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Reichshalle des Tegelers Kirchhofs aus statt. 9548
Der Vorstand.

Danfugung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes (1900) **Wilhelm Albrecht** Optiker sage ich allen Bekannten und Parteigenossen meinen herzlichsten Dank. Witwe Albrecht nebst Kindern.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schreinermeisters **Jullias Orgosell**, sage ich hiermit allen meinen herzlichsten Dank. Die trauernde Witwe nebst Kindern. 9568

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schriftsetzers **Arnold Thiele**, sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. 9568
Auguste Thiele.

Von jetzt ab **Sprechzeit an Sonntagen** nur v. 9-1 1/2 Uhr.
Dr. med. Laskers Institut, BERLIN, Alexanderstrasse 42.

Orts-Krankenkasse der Gastwirte und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Erdentliche **General-Versammlung** der Kassenvertreter
Dienstag, den 20. November 1900, nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Herrn Graumann, Rannauerstr. 27.
Tages-Ordnung:
1. Protokollvorlesung. 273/16
2. Wahl des Rechnungs-Ausschusses.
3. Vorstandsberichte.
4. Arztbonar.
5. Beamtengeld.
6. Mitteilungen des Vorstands.
7. Freie Besprechung.
Berlin, 6. November 1900.
Der Vorstand.
Poppe, Kraushaar, Forjander. Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder

und verwandten Gewerbe.
General-Versammlung am Montag, den 19. November, abends 8 Uhr, in **Feuersteins Salon**, Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Besetzung der Protokolle.
2. Statutenänderung §§ 13 und 56.
3. Antrag des Vorstands auf Erhöhung der Beamtengelder, ev. Anträge der Generalversammlung hierzu.
4. Erziehung des Vorstands (zwei Arbeitskreise, vier Arbeitnehmer).
5. Wahl der Kommission zur Prüfung der Jahresrechnung.
6. Beschiedenes. 237/17
Bei der wichtigen Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen notwendig.
Der Vorstand.
Bernh. Jost, Georg Bissler, Forjander. Schriftführer.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. Zahlstelle Lichtenberg

umfassend die Ortshallen Friedrichsberg, Lichtenberg, Rummelsburg und Stralau.
Sonntag, den 11. November, vormittags 10 Uhr, im **Saal von Lutterbäse, Friedrichsberg**, Friedrichsbergstr. 11:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
Kassenbericht vom 3. Quartal und Beschiedenes. 185/4
Die Ortsverwaltung.
J. A.: H. Heinye.

Busstag.

Grosses Schlachte-Fest.
Frische Blut- und Leberwurst, Gabeln.
Hierzu ladet höflich ein **Heinrich Sass, Gastwirt, Alt-Gliencke, Grünauerstr. 29.**
Empfehle Freunden und Bekannten meine **Restauration.**
Wünstliche Unterhaltung, Franz. Billard nach den gebrühten Gärten fremdsprachlich zur Verfügung.
Herm. Bolze, Auguststraße 51.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 10. November.
Opernhaus. Der fliegende Holländer.
Schauspielhaus. Semete Turandot.
Neues Opern-Theater (Kroll).
Deutsches. Die Macht der Finsternis.
Leipzig. Johann Sebastian.
Berliner. Maria Stuart.
Neubau. Die Dame von Maxim.
Neues. Gerda Meyer.
Westen. Der Herrschling.
Schiller. Faust.
Secessionsbühne. Die Bildhauer.
Central. Die Geisha.
Thalia. Der Liebeskuss.
Eisen. Der Millionenbauer.
Friedrich-Wilhelmshäusliches.
Carl Weiskopf. Frankreich und Land.
Volk-Alliance. Die Zwanziger.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Irena. Landstrasse 48/49.

Central-Verband der Maurer etc.
Bezirk Moabit.
Sonntag, den 11. November, vormittags 10 Uhr:
Mitgliederversammlung
im Lokal des Herrn Fischer, Waldstraße 8 (früher Vorchmann).
Tagesordnung: Vortrag, Diskussion und Verschiedenes.
Die Verbandsleitung.

Central-Verband der Maurer etc.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr:
Volks-Versammlung
im Saal des „Marienbad“, Badstr. 35/36.
Tagesordnung:
1. Die Bedeutung der Konsumvereine und die Rabatt-Sparvereine. Referent: Emma Iher. 2. Diskussion.
Da die Versammlung für das funktionierende Publikum von großer Wichtigkeit ist, erwartet zahlreiches Erscheinen.
Der Einrufer: Franz Walther.
NB. Flugblattverteilung morgen, Sonntag, früh 9 Uhr. Wir bitten die Genossen, sich jährlich im Restaurant Abendroth, Badstr. 42/43, Gefe Uferstraße, einzufinden.

Central-Verband der Maurer etc.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, Kckerstraße 123:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Jos. Klein über den Kampf ums Dasein im Arbeiterleben. 2. Diskussion 3. Verschiedenes.

Central-Verband der Maurer etc.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, Kckerstraße 123:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag der Frau Dr. Wehl über: Proletariat und Delegation zur Innungs-Krankenkasse. 148/3
2. Die Kollegen, welche am Mittwoch nicht in den Werkstätten erschienen sind, werden ersucht, heute abend in folgenden Häusern zu erscheinen und die Fragebogen auszufüllen resp. ihre Beiträge zu entrichten: Schönebergstr. 20. Blumenstr. 38. Kopenstr. 42. Friedrichsbergerstr. 11. Oranienstr. 197. Kottbuserstr. 68. Hermannstr. 197. Friedrichsbergerstr. 11.
Der Vorstand.

Central-Verband der Maurer etc.
Montag, den 12. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Soziale Gesetzgebung und Arbeiterorganisationen. Referent: P. Mitschke. 2. Was bringt uns der nächste Winter? 3. Verschiedenes. 21/11
Der Vertrauensmann.

Central-Verband der Maurer etc.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Dieke, Ackerstr. 123.
Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden
Sonntag, den 11. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Allgemeine Versammlung der Heizungs-, Gas- und Wasserrohrleger und Helfer.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Die wirtschaftlichen Krisen und die kapitalistische Gesellschaft.“ 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn R. Müller, Färberstr. 37:
Versammlung für Dummelsburg.
Die Bibliothek befindet sich im Verbands-Bureau, Engel-Ufer 15 I, und ist täglich während der Bürozeiten von 9-1 Uhr vormittags und 4-7 Uhr nachmittags geöffnet; Dienstags und Donnerstags außerdem von 7-9 Uhr abends. - Sonnabend nachmittags ist die Bibliothek geschlossen.
121/4
Die Ortsverwaltung.

GRANIA * *
Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Auf den Wogen des Oceans.
Im Hörsaal:
Vom Zusammenklängen der Töne von Dr. Donath.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Neu! Dahomey-Dorf. Neu!
38 wilde Weiber von der Leibgarde des Königs Behanzin. Kriegs- u. Gesellschafts-Szenen. Exerzieren, Nationaltänze. Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 3-10 Uhr stündl. „Allerseelen“, neue Illusion! Russ. Damenkapelle Zarina. Entree 50 Pf. Militär u. Kinder 25 Pf.

Passage-Theater
D. Vorstellung
ununterbrochen
von 12 Uhr mittags bis 11 Uhr nachts.
Jenseits d. krummen Lanke.
3. Seebataillon 2. Compagnie
12 Debüts
Passage-Panopticum
geöffnet von 9 Uhr morgens bis 11 Uhr nachts.
China in Berlin.
Chinesischer Marktplatz mit chinesischem Theater. Die Katze und der Engel.
Eintrittspreis f. Theater (soweit der Raum reicht) 50 Pf. einschliessl. Panopticum

Palast-Theater
früher Foen-Palast, Burgstr. 22.
Monat November!
Gr. Konkurrenz-Programm!
Neu! 8 1/2 Uhr! Neu!
Die Regimentsnummer
Gisella.
Miss Rosa Bonnet und der kleine Willi, Ringtänzer.
Horley-Trio, Kunst-Genrie-Kff.
12 erstklassige Schauummern.
Aufang: Boden. 7 1/2. Sonnt. 6 Uhr.
Entree: 50 Pf.

Metropol-Theater.
Sum 123. Platz:
Verkehrte Welt!
Ausstattungsoperette in 6 Bildern mit der originellen, prächtigsten Frauenparade.
Das brillante vollständig neue November-Specialitäten-Programm.
Bonhair-Truppe
Alice Berley
Brüder Pantzer
etc. etc.
Beginn der Vorstellung 8 Uhr, der Operette 9 Uhr 15 Min. Nachen überall gefaltet.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Heute, Sonnabend, den 10. November:
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
Sonntag:
Der Bettelstudent von Berlin.
Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger.
Zum Schluss: (nur noch kurze Zeit!) Excellenz kommt! Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger.
Zum Schluss: (nur noch kurze Zeit!) Excellenz kommt! Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger.
Zum Schluss: (nur noch kurze Zeit!) Excellenz kommt! Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger.
Zum Schluss: (nur noch kurze Zeit!) Excellenz kommt! Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.

Central-Verband der Maurer etc.
Bezirk Moabit.
Sonntag, den 11. November, vormittags 10 Uhr:
Mitgliederversammlung
im Lokal des Herrn Fischer, Waldstraße 8 (früher Vorchmann).
Tagesordnung: Vortrag, Diskussion und Verschiedenes.
Die Verbandsleitung.

Cirkus Busch
Sonnabend, den 10. November, abends 7 1/2 Uhr:
Prunk- und Gala-Abend.
Beginn der Pantomime 10 Uhr.
Berliner Landpartien
Mit über 100. Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 3 Akten.
Li-Hung-Teichung in tausend Aengsten.
Zum erstenmal:
Der erste Jüch der Gegenwart
Signor Bedini.
Mademoiselle Andalusia als weiblicher Jüch.
Prof. Hermanns sensationelle Demonstrationen: Befestigung und rätselhafte Entsehung eines Strahlungs. Die Flucht aus dem verriegelten Reisefloß mitten in der Manege. Europäische Kavallerie auf 16 Schupferden.
Die weisse Dame, dargestellt von Frä. Martha Wohlfahrt und der Schilfblütler: „Wickedboy“ mit seinen faszinierenden Kopriolen.
Sonntag 2 Vorstellungen:
Nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorstellungen: Prof. Hermanns sensationelle Demonstrationen.
Nachmittags 4 Uhr:
Gala-Vorstellung.
Jeder Erwachsene ein Kind auf allen Stuplägen frei, weitere Kinder die Hälfte.

Central-Verband der Maurer etc.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr:
Volks-Versammlung
im Saal des „Marienbad“, Badstr. 35/36.
Tagesordnung:
1. Die Bedeutung der Konsumvereine und die Rabatt-Sparvereine. Referent: Emma Iher. 2. Diskussion.
Da die Versammlung für das funktionierende Publikum von großer Wichtigkeit ist, erwartet zahlreiches Erscheinen.
Der Einrufer: Franz Walther.
NB. Flugblattverteilung morgen, Sonntag, früh 9 Uhr. Wir bitten die Genossen, sich jährlich im Restaurant Abendroth, Badstr. 42/43, Gefe Uferstraße, einzufinden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Bezirk Moabit.
Sonntag, den 11. Novbr., vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schüller, Stromstraße 28:
Bezirks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Kohlenzer: Streikzüge durch die Pariser Welt- und Ausstellung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Um zahlreiches Besuch ersucht.
106/17
Die Ortsverwaltung.

Verband deutscher Mühlenarbeiter
Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 11. November, nachmittags 3 Uhr, im Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Paul Jahn. 2. Geschäftliches. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Besuch erwartet
Der Vorstand.

Socialdemokrat. Verein „Vorwärts“.
Dienstags, den 13. November, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder = Versammlung
im Saale des Herrn Lautner, Bergstr. 151/152.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. R. Steiner über: „Ems Fädel Welttrüffel.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Gäste willkommen. - Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht.
232/13
Der Vorstand.
Des Weiteren werden die Mitglieder aufmerksamer gemacht, daß in obiger Versammlung laut Beschluß der Protokolle des Monatsparteiabends zu dem am 20. Pf. herabgesetzten Preis an die vollberechtigten Mitglieder, d. h. an diejenigen, die nicht über drei Monate mit den Beiträgen rückwärts sind, drei Monate Mitgliedschaft, vorausgesetzt werden.

Verband deutscher Mühlenarbeiter
Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 11. November, nachmittags 3 Uhr, im Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Paul Jahn. 2. Geschäftliches. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Besuch erwartet
Der Vorstand.

Apollo-Theater.
Fräulein Loreley
Sign. Chavita Madge Ellis
Cäcilie Carola
u. 8 hervorragende Specialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Cirkus Schumann.
Heute, Sonnabend, 10. November, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Grande Soiree High Life.
Elite-Programm u. a.:
Baron-Löwen-Parade
Direktor Alb. Schumanns unerreicht dastehende Original-Dressuren.
Um 9 1/2 Uhr: Um 9 1/2 Uhr:
CHINA.
Das größte u. sensationelle Ringen- und Ausstattungsstück mit sabelhaften Wasser- und Schießereien.
I. Abteilung: Die Inszenen in Riantichon. II. Abteilung: Anstand der Dorer; Krieg. III. Abteil: Die Verbündeten vor Tatu-Peking. Erstarrung der groß. chinesischen Mauer. Hühnung der beifügen Flage. Sensationelle noch nie dagewesene gymnastisch-atroatische Produktion.
Morgen, Sonntag, 11. November, nachmittags 3 1/2 u. abends 7 1/2 Uhr
2 Gala-Parade. 2 Vorstellungen. 2
In jeder Vorstellung: Auftreten des Löwen-Parade; außerdem nachmittags 3 1/2 Uhr zum erstenmal: Die lustigen Maurergesellen. Komische Pantomime. Scene aus dem New Yorker Straßenleben, ausgeführt von der aus 15 Personen bestehenden Excentrictruppe „Oceanos“. Abends 7 1/2 Uhr: China. Nachmittags 1 Kind frei.

Sanssouci
Kottbuserstrasse.
Donnerstag, Sonntag u. Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Nach jeder Soiree: Tanzkränzen.
Wochentags Tanz trol.
Dienstag, den 13.:
Extra-Vorstellung
zum Behen einer
Weihnachtsbescherung
armer Kinder. Die ganze Gemahne, ohne Abzug, verbleibt dem guten Zweck.
Arbeiter, wohin geht Ihr?
Nach Brunnenstraße 4.
Restaurant zur Höhe. Küche.
Elektrisches Konzert!
Stets gute Speisen und wohl-schmeckendes Bier!
Zusätzlich guter Mittagstisch mit Bier 50 Pf. Angenehmer Aufenthalt, freundliche Bedienung. Um rege Unterstützung bittet
Der Birt A. Delor,
9448 Brunnenstraße 4.

Central-Verband der Maurer etc.
Montag, den 12. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Soziale Gesetzgebung und Arbeiterorganisationen. Referent: P. Mitschke. 2. Was bringt uns der nächste Winter? 3. Verschiedenes. 21/11
Der Vertrauensmann.

Central-Verband der Maurer etc.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Dieke, Ackerstr. 123.
Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden
Sonntag, den 11. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Allgemeine Versammlung der Heizungs-, Gas- und Wasserrohrleger und Helfer.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Die wirtschaftlichen Krisen und die kapitalistische Gesellschaft.“ 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn R. Müller, Färberstr. 37:
Versammlung für Dummelsburg.
Die Bibliothek befindet sich im Verbands-Bureau, Engel-Ufer 15 I, und ist täglich während der Bürozeiten von 9-1 Uhr vormittags und 4-7 Uhr nachmittags geöffnet; Dienstags und Donnerstags außerdem von 7-9 Uhr abends. - Sonnabend nachmittags ist die Bibliothek geschlossen.
121/4
Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maurer etc.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Dieke, Ackerstr. 123.
Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden
Sonntag, den 11. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Allgemeine Versammlung der Heizungs-, Gas- und Wasserrohrleger und Helfer.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Die wirtschaftlichen Krisen und die kapitalistische Gesellschaft.“ 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn R. Müller, Färberstr. 37:
Versammlung für Dummelsburg.
Die Bibliothek befindet sich im Verbands-Bureau, Engel-Ufer 15 I, und ist täglich während der Bürozeiten von 9-1 Uhr vormittags und 4-7 Uhr nachmittags geöffnet; Dienstags und Donnerstags außerdem von 7-9 Uhr abends. - Sonnabend nachmittags ist die Bibliothek geschlossen.
121/4
Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maurer etc.
Montag, den 12. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Soziale Gesetzgebung und Arbeiterorganisationen. Referent: P. Mitschke. 2. Was bringt uns der nächste Winter? 3. Verschiedenes. 21/11
Der Vertrauensmann.

Central-Verband der Maurer etc.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Dieke, Ackerstr. 123.
Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden
Sonntag, den 11. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Allgemeine Versammlung der Heizungs-, Gas- und Wasserrohrleger und Helfer.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Die wirtschaftlichen Krisen und die kapitalistische Gesellschaft.“ 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn R. Müller, Färberstr. 37:
Versammlung für Dummelsburg.
Die Bibliothek befindet sich im Verbands-Bureau, Engel-Ufer 15 I, und ist täglich während der Bürozeiten von 9-1 Uhr vormittags und 4-7 Uhr nachmittags geöffnet; Dienstags und Donnerstags außerdem von 7-9 Uhr abends. - Sonnabend nachmittags ist die Bibliothek geschlossen.
121/4
Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maurer etc.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Dieke, Ackerstr. 123.
Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden
Sonntag, den 11. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Allgemeine Versammlung der Heizungs-, Gas- und Wasserrohrleger und Helfer.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Die wirtschaftlichen Krisen und die kapitalistische Gesellschaft.“ 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn R. Müller, Färberstr. 37:
Versammlung für Dummelsburg.
Die Bibliothek befindet sich im Verbands-Bureau, Engel-Ufer 15 I, und ist täglich während der Bürozeiten von 9-1 Uhr vormittags und 4-7 Uhr nachmittags geöffnet; Dienstags und Donnerstags außerdem von 7-9 Uhr abends. - Sonnabend nachmittags ist die Bibliothek geschlossen.
121/4
Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maurer etc.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Dieke, Ackerstr. 123.
Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden
Sonntag, den 11. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Allgemeine Versammlung der Heizungs-, Gas- und Wasserrohrleger und Helfer.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Die wirtschaftlichen Krisen und die kapitalistische Gesellschaft.“ 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn R. Müller, Färberstr. 37:
Versammlung für Dummelsburg.
Die Bibliothek befindet sich im Verbands-Bureau, Engel-Ufer 15 I, und ist täglich während der Bürozeiten von 9-1 Uhr vormittags und 4-7 Uhr nachmittags geöffnet; Dienstags und Donnerstags außerdem von 7-9 Uhr abends. - Sonnabend nachmittags ist die Bibliothek geschlossen.
121/4
Die Ortsverwaltung.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
die Lederhose Merkules tragen. Klein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Riemenlöcher u. Knöpfe. Keine Leder-Platz-Taschen, Große Hosen umsonst, die Hufe
bei Entnahme von 6 Stück 28 Pf. | 4 Mr. 50
Echt blaue Monteur-Jacke 1 Mr. 20
Echt blaue Monteur-Hose 1 Mr. 50
Echt blaue Monteur-Jacke
Prima Röper-Gewebe 2 Mr. 50
Echt blaue Monteur-Hose 2 Mr. 10
Prima Röper-Gewebe 2 Mr. 10
Prima Monteur-Hose 3 Mr. 50
Gefütterter Monteur-Jacke 13 - 9 -
Operations-Manuel f. Kerze 4,90 - 3 Mr. 40
Maler-Mittel 3 - 2,50, 2 Mr.
Reiniger-Mittel (braun) 3 - 2 Mr. 40
Weiches Leder-Jacke, Dreifach gefüttert 7 Mr. 50
Weiche Lederhose, Prima Ware 3 Mr. 75

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseefur 21a, 25. Bräunefur 11.
Gr. Frankfurtstr. 20.
Die 16te Preisliste 1900/1901 über gesamte Herren u. Knaben-Bekleidung (Aufgabe 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt.
Verband von 20 Mr. an franco. - Bei Bestellung genügt Angabe der Breite u. Bundweite u. Schnittlänge. Edige Preise gelten für normale Größen. 56612*

Steinbildhauer.
Montag, den 12. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Soziale Gesetzgebung und Arbeiterorganisationen. Referent: P. Mitschke. 2. Was bringt uns der nächste Winter? 3. Verschiedenes. 21/11
Der Vertrauensmann.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Heute, Sonnabend, den 10. November, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden
im Lokal des Herrn Dieke, Ackerstr. 123.
Sonntag, den 11. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Allgemeine Versammlung der Heizungs-, Gas- und Wasserrohrleger und Helfer.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Die wirtschaftlichen Krisen und die kapitalistische Gesellschaft.“ 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.
Montag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn R. Müller, Färberstr. 37:
Versammlung für Dummelsburg.
Die Bibliothek befindet sich im Verbands-Bureau, Engel-Ufer 15 I, und ist täglich während der Bürozeiten von 9-1 Uhr vormittags und 4-7 Uhr nachmittags geöffnet; Dienstags und Donnerstags außerdem von 7-9 Uhr abends. - Sonnabend nachmittags ist die Bibliothek geschlossen.
121/4
Die Ortsverwaltung.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, 11. November, vorm. 10 Uhr, im „Englischen Garten“ (gr. Saal), Alexanderstr. 27c:
Ordentl. Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Ortsverwaltung und der Revision. 2. Erstwahl. 3. Unsere Agitation. 4. An die Ortsverwaltung gelangte Anträge. 5. Gewerkschaftliches. 281/2
Kollegen, die reichhaltige Tagesordnung erfordert vollständiges und pünktliches Erscheinen aller. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Die Ortsverwaltung.

Central-Verein deutscher Former
und aller in Giessereien beschäftigten Arbeiter
(Zahlstelle Berlin). [61/9
Sonnabend, den 10. November 1900:
9. Stiftungsfest
im Kolberger Salon, Kolbergerstrasse 23.
Grosses Konzert, ausgeführt von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Civil-Berufsmusiker sowie unter Mitwirkung der Berliner Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky.
Nachher: TANZ. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach. Anfang 8 Uhr. Billet 30 Pf.
Um zahlreichen Besuch bittet
Das Komitee.

Oscar Arnold
Hüte, Mützen u. Pelzwaren
Engros - Export
nur Dresdenstr. 116,
(kein Laden).
Dieser moderne Hut in verschiedenen Farben mit Atlasfutter kostet 2 Mr.
Einzelverkauf zu erlaubten billigen Preisen bei riesiger Auswahl in allen modernsten Sorten!
Sehr vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Prozess Sternberg.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Landgerichtsdirektor Müller teilt Staatsanwalt Braut mit: Durch das Schreiben eines Lehrers werde ihm mitgeteilt, daß die Frieda Woyda auch drei ihrer Mitschülerinnen von den Vorgängen erzählt habe. Es scheine zwar noch nicht fest, zu welchem Zeitpunkt dies gewesen ist, er beantrage aber, die drei Schülerinnen sofort als Zeuginnen vorzuladen. Der Gerichtshof beschließt dementsprechend. — Angeklagter Sternberg bittet dringend, die Mädchen nicht durch einen Kriminalschutzmann herbeiführen zu lassen, da doch der dringende Verdacht bestehe, daß diese Mädchen durch die Kriminalschutzleute beeinflusst werden. — Staatsanwalt Braut: Solche allgemeinen

Verdächtigungen

berichte ich mir. Ich habe mich keine Vorschriften darüber machen zu lassen, wie Zeugen herbeigeholt werden sollen. — Der Schutzmann Causein wird beauftragt, die Mädchen herbeizuholen. — Der Angeklagte Sternberg beklagt sich darüber, daß in der Presse in ungeheurer Weise Stimmung gegen ihn gemacht werde. So lese er in der „Tägl. Rundschau“ von den angeblich ungeheuren Honoraren, die den Verteidigern gezahlt würden. In der Verhandlung sei doch nicht ein Wort davon zur Sprache gekommen. Die Honorare hätten sich durchaus in den üblichen Grenzen gehalten.

Es soll sodann Frau Helene Pfeffer als Zeugin vernommen werden. Der Angekl. Sternberg beantragt, ihm vor der Vernehmung derselben das Wort zu verweigern, um sich über das Verweigerungsthemma zu äußern. Da Frau Pfeffer erst neuerdings geladen ist, habe er bisher dazu keine Gelegenheit gehabt. Der Gerichtshof lehnt den Antrag ab, da nach der Straf- und Ordnung der Angeklagte nur das Recht habe, sich im Anschluß an Zeugenvernehmungen zu äußern.

Zeugin Pfeffer

ist 40 Jahre alt. Sie ist vor etwa 18 Jahren, als Herr Sternberg noch unterheiratet war, bei ihm Wirtschafterin gewesen und hat mit ihm engeren Verkehr gehabt. Sie sei schließlich im Gral von ihm geschieden. Er habe ihr den Vorschlag gemacht, daß sie ein Damenpensionat einrichten solle und daß er dann auch öfter hinterzimmer wolle. Darüber seien sie in Konflikt gekommen und sie sei in Unfrieden von ihm geschieden. Herr Sternberg habe mehrfach gesagt, er wolle für sie sorgen, er habe es aber dann nicht getan. Von der ganzen Woyda-Sache habe sie keine Ahnung gehabt und könne darüber gar nichts sagen, auch sehe sie mit dem bei der Polizei eingegangenen anonymen Briefe in gar keiner Verbindung. Herr Sternberg sei eines Tages bei ihr erschienen und habe gesagt, daß er über die Sternberg-Sache recherchiere und aus einem Briefe gesehen habe, daß sie etwas wissen sollte. Sie habe dies sofort verneint. Herr Sternberg meinte, sie wolle wohl bloß nichts sagen, worauf sie antwortete: Ich kann absolut nichts sagen, ich weiß absolut im Fall Woyda nichts, ich bin 17 oder 18 Jahre von Herrn Sternberg weg, habe keinen Verkehr mehr mit ihm gehabt und weiß nichts. — Sie habe dann fernher gesagt, daß sie mit ihrer Aussage Herrn Sternberg weder nutzen noch schaden könne, sie sei schwer krank und bitte, sie gäbe aus dem Spiel zu lassen. — Präsi.: Wie sind Sie nun auf die Polizei gekommen und zwar gerade zu der Zeit, als Frieda Woyda dort vernommen wurde. — Zeugin: Sie sei sehr erschreckt über die Mitteilungen des Herrn Sternberg gewesen und habe befürchtet, daß, wenn die Angelegenheit in die Zeitungen käme, auch ihr Name damit verquittet werden würde. Deshalb sei sie auf das

Polizeipräsidentium

gegangen. Auf dem Korridor habe sie Herrn Sternberg gesprochen und dieser habe gesagt, sie brauche nichts zu erzählen, das Kind sei schon ermittelt und werde gerade von Herrn v. Treddow vernommen. Sie habe Herrn v. Treddow bitten wollen, mit Rücksicht auf ihre schwere Krankheit und ihre bevorstehende Operation sie aus der Sache herauszulassen. — Präsi.: Zu welchem Zweck hat Ihnen Herr Sternberg das Kind gezeigt? — Zeugin: Herr Sternberg sagte, es sei erzählt worden, daß Frau Fischer ein Mädchen eingesperrt gehalten habe. Sie selbst habe das natürlich sofort bestritten. Sie habe aber gewußt, daß Frau Fischer einmal eine kleine Pensionärin gehabt habe und deshalb habe sie sich das Kind angesehen. Die Zeugin widerholt, daß ihr von der Sache Woyda absolut nichts bekannt sei, daß ihr weder Frau Fischer noch Margarete Fischer etwas davon gesagt habe. Sie habe erst, nachdem Margarete Fischer schon in Amerika war und Frau Fischer die Demissionation eingereicht hatte, von den Dingen erfahren. Sie habe keine feindselige Gefinnung gegen Herrn Sternberg, die Zeit habe das ausgeglichen, sie sei aber auf der anderen Seite auch in keiner Weise von Sternberg oder von anderen Personen zu falscher Aussage bestimmt worden, sondern habe die Wahrheit gesagt. Die Zeugin erzählt dann auf Befragen eine Reihe von Vorfällen, in welchen von den verschiedensten Seiten ihr nahe gelegt worden sei, doch ihrem Hoff gegen Sternberg — den sie befreite — nicht zu weit nachzugeben und sich lieber mit ihm zu veröhnen, seine Dankbarkeit würde dann wohl keine Grenzen kennen. Die Zeugin erzählt ferner aus Erfinden des Rechtsanwalts Dr. Werthauer, daß sie einmal aus eigenem Antriebe auf dessen Bureau gewesen sei, weil sie gehört habe, daß Sternberg Himmel und Hölle in Bewegung setze, um sie zu verderben und sie unglaubwürdig zu machen. Bei dieser Gelegenheit habe ihr Dr. Werthauer auch mal nahe gelegt, ob sie denn mit Herrn Sternberg nicht endlich mal

Frieden machen

Lösne. Darauf habe sie gesagt, sie wisse gar nicht, wie Sternberg zu einer solchen Verleumdung gegen sie komme, er scheine zu glauben, daß sie Gott weiß was gegen ihn auskramen wolle, sie beachtliche ja aber gar nichts, sondern werde nur die Wahrheit sagen. Zur Beilegung kommt dann ein Brief der Zeugin an den Schutzmann Sternberg, aus welchem hervorgeht, daß sie diesem das größte Vertrauen entgegenbrachte. Sie erklärt auch mündlich, daß sie Herrn Sternberg stets als einen schlichten und zuverlässigen Menschen kennen gelernt habe. Aus dem Briefe geht weiter hervor, daß Herr Sternberg sie, während sie in der Klinik lag, besucht und ihr Blumen mitgebracht, ihr auch kleine Gänge besorgt hat, worfür sie ihm keine Entgeltlichkeiten erwiesen hat. Sie erklärt in dem Briefe, in welchem sie wiederholt betont, wie tief unglücklich sie sei, daß sie Herrn Sternberg für alle seine Freundschaften dankt und ihn bitte, einen alten Regulator als Andenken an sie zu behalten. In dem Briefe wird auch eine Versicherung des Herrn Sternberg erwähnt, daß alles gekauft sei, bis in die

höchsten Epiken

und daß auch ihm, Sternberg, ein schönes Mädchen geboten worden sei. — Justizrat Dr. Sello erklärt hierauf: Er halte es für seine Pflicht, nunmehr kund zu geben, daß er sein früheres Bedenken, ob nicht Herr Sternberg zu Ungunsten Sternbergs Beziehungen mit der Zeugin unterhalten habe, für widerlegt erachte. — Rechtsanwält Dr. Werthauer schließt sich dem an. — Rechtsanwält Dr. Mendel: Er wolle im Anschluß hieran erklären: Die Verteidigung stehe gar nicht auf dem Standpunkt, daß Herr Sternberg in bewußter Weise die ganzen Dinge erfunden hat, sondern nur in dem Glauben, einem Verbrecher auf der Spur zu sein, sich in die Sache

zu sehr hineingebacht

hat. — Angekl. Sternberg: Er stehe doch nicht ganz auf dem Standpunkt der Verteidigung. Wenn auch sein Anhaltspunkt dafür vorliege, daß Herr Sternberg die Pfeffer beeinflusst habe, er behaupte aber, daß Frau Pfeffer von einer intensiven Freundschaft gegen ihn befreit sei und der ganze Haß, den sie gegen ihn habe, auf Herrn Sternberg übertragene habe. Es kommt über diese Behauptungen zu einer sehr erregten Scene zwischen ihm und der Zeugin, die sich immer mehr und mehr zuspitzt. Als Beispiel dafür, daß die Pfeffer einen unendlichen Haß gegen ihn hege, führt er an, daß die Zeugin erzählt haben soll, er habe auch noch mit einem anderen kleinen Mädchen etwas vorgehabt. Die Zeugin bestritt dies. Sie will nur von anderen Personen so etwas gehört haben. Der Angeklagte erklärt, daß er von einem

Verschwörerkomplott

vollständig unwidert werde und es ihm unendlich darauf ankomme, die Unwahrscheinlichkeit der Zeugin Punkt für Punkt darzulegen. Wenn wirklich noch ein anderes Mädchen „abgerichtet“ sein sollte, dann möchte er bitten, daß man damit herauskomme. Seine Erzählung werde hier durch solche falschen Angaben zertrümmert und verlichtet und er müsse alle Einzelheiten ganz klar stellen. Der Angeklagte wird bei der weiteren Erörterung immer erregter, und behauptet, daß jedes Wort der Zeugin eine Unwahrheit sei. Total unwahr sei es, daß er ihr zugewandt habe, ein Pensionat für kleine Mädchen zu errichten. Wie unwahr die Zeugin sei, gehe auch daraus hervor, daß sie soeben zugegeben habe, die Erzählung von dem „anderen“ kleinen Mädchen weiter verbreitet zu haben, ohne daß es ihr möglich war, die Personen anzugeben, von denen sie die Geschichte gehört haben wolle. Der Angeklagte beschuldigt die Zeugin mit immer größerem Nachdruck der größten Verworfenheit, behauptet, daß, als sie von ihm weggegangen war, sich in der Charlottenstraße ein Kassequartier gemietet habe, daß sie selbst einen unheilbaren Lebenswandel gegen Entgelt führe u. c. Diese Beschuldigungen legen die Zeugin in eine furchtbare Erregung. Sie springt schließlich auf und gibt die schärfsten Beschuldigungen an Sternberg zurück. Er habe nach der Journagon-Sache sich mit ihr in Verbindung gesetzt, sie gefragt, warum sie denn so voll Gift und Galle gegen ihn sei und sie schließlich bedroht, daß er sie verurteilen werde. Er habe sie unglücklich gemacht, sie ihrem Schicksal überlassen, nachdem sie von ihm gegangen, sie mit Fähen getreten und sie im Hunger und Elend gelassen. Das sei empörend. Die Zeugin, welche sich in immer größerer Erregung befindet, behauptet schließlich, daß er sie zur

Ruppel hat treiben wollen,

daß er von ihr verlangt habe, ihm kleine Mädchen von 12-14 Jahren zuzuführen und daß er auch gegen eine kleine Verwandte Unanständigkeit begangen habe, bezw. habe begangen wollen. Sie habe sich geweigert, ihm dieses Verlangen zu erfüllen und auf das Juchans verwiesen, worauf er angeblich gesagt habe: Ich habe ja nichts, wenn sie einmal ins Juchans gehe. Der Angeklagte zeigt hier durch beständige Wiederholung an, daß er diese ganze Erzählung für Erfindung erachte und gibt dieser Ansicht auch erregten mündlichen Ausdruck, wird aber wiederholt von der sehr empörten Zeugin mit den Worten unterbrochen: Es ist doch wahr! Wenn mich ein Millionär hier schließlich noch zur Stuppelerin machen will, dann kenne ich keine Rücksicht mehr! — Der Gerichtshof beschließt, die Verwandte der Zeugin Pfeffer sofort zu laden. Der Angeklagte erklärt sich damit durchaus einverstanden.

Erpressungsbriefe

an ihn zu richten. Es sei sogar so weit gegangen, daß die Zeugin ihn mit Utzriol und Werd bedroht habe. — Präsi.: Woher wissen Sie, daß die Zeugin die Schreiberin war? — Angekl.: Die Briefe waren ja mit ihrem Namen unterschrieben. — Präsi.: Haben Sie die Briefe? — Angekl.: Jawohl. Ich habe mir hier ja alle Behauptungen der Zeugin aufgelesen, um ihr durch Vorlegen der Briefe zu beweisen, daß sie die Unwahrheit spricht. — Präsi.: Wo befinden sich die Briefe? — Angekl.: In meiner Wohnung, ich nehme an, in der Wilhelmstraße. — Staatsanwalt: Dann beantrage ich, daß dort nach den Schriftstücken gesucht wird. — Angekl.: Ich bin gewiß damit einverstanden, aber ich muß bemerken, daß man wohl 2 Tage Zeit haben müßte, um sie herauszufinden. Ich nehme an, daß sie sich in einer der vielen großen Kisten befinden, die auf dem Boden stehen. — Präsi.: Haben Sie denn nicht, wie es Geschäftsleute zu thun pflegen, die Briefe nach den einzelnen Jahrgängen sortiert? — Angekl.: Die Privatbriefe nicht. — Der Gerichtshof beschließt darauf, den Herrn Kriminalkommissar v. Treddow mit einem Beamten sofort nach dem Hause Wilhelmstraße 47 zu entsenden, um nach den Briefen zu suchen.

offene Hand

Der Angeklagte Sternberg fährt fort, der Zeugin Pfeffer angelegte Unrichtigkeiten in ihrer Aussage vorzuhalten. Er fragt sie, ob er ihrer Mutter nicht noch längere Zeit nach der Trennung Untersützungen habe zukommen lassen. Die Zeugin räumt dies ein, fügt aber hinzu, daß ihr selbst nach dem Verzicht aber keinerlei Zuwendungen gemacht worden seien. Sternberg hebt dagegen hervor, daß er gegen alle Leute eine

gehabt habe und es sei entschieden unwahr, daß er die Zeugin damals mittellos von sich gestochen habe. Entschieden sei auf die Zeugin Pfeffer eingewirkt worden und der Eifer des Kriminalbeamten Sternberg müsse doch jedenfalls als ungewöhnlich bezeichnet werden.

Angekl. Sternberg bleibt dabei, daß er das Opfer eines vollständigen Komplotts geworden, dessen Centrum die Pfeffer und Frau Fischer seien, die unter einander und mit der Margarete Fischer in New York in regem Briefwechsel standen. Er hält es namentlich

für ein charakteristisches Zeichen, daß ein Brief, den Margarete Fischer an ihre Schwester Clara Fischer geschrieben, auffallenderweise gerade bei der Zeugin Pfeffer beschlagnahmt worden ist. Dieser Brief sei offenbar nur zu dem Zweck geschrieben worden, allerlei Leute der Begünstigung zu bezichtigen. Die ganze Sache sei sehr durchsichtig; Margarete Fischer habe Geld haben wollen, Clara Fischer habe Geld haben wollen, die Zeugin Pfeffer sei ihm überaus feindselig gesinnt und die Folgerungen lassen sich sehr leicht ziehen.

Die Zeugin Pfeffer tritt dieser Auffassung entgegen, sie habe der Margarete Fischer einmal geschrieben, sie solle doch in dieser entsetzlichen Sache die Wahrheit sagen; wenn Sternberg schuldig sei, dann müßte sie es sagen, sei die ganze Woyda-Sache aber nicht wahr, dann wäre es furchtbar, wenn Sternberg unschuldig verurteilt wäre.

Angekl. Sternberg weist den Ausfällen dieser Zeugin wiederholt in höchster Erregung das Wort „Lüge“ entgegen, so daß der Vorsitzende ihm das ernstlich unter sagt. Er entschuldigt sich damit, daß er hier um seine ganze Existenz kämpfe und naturgemäß durch solche total unwahren Beschuldigungen erregt werde. Er meinte, die Zeugin müßte sich schämen, so etwas hier auszusagen. — Präsi.: Wer sich in diesem Prozesse zu schämen hat,

ist eine Sache für sich. Der Brief der Margarete Fischer wird verlesen. Sie beklagt sich darin darüber, daß man die Auguste Wender nach Europa wieder mitgenommen habe, sie sei tief unglücklich, denn sie habe sich ja doch nur bereiten lassen, Herr Sternberg werde sich ja wohl herausreden, aber was mit ihr nun werden solle, es sei doch ein entsetzliches Gefühl, eine Verbrecherin zu sein, wenn alle Menschen, die etwas begangen haben, so leiden wie sie, dann gebe es bald keine Verbrecher mehr, sie würden nie wieder sündigen, sondern lieber Hungers sterben u. c.

Der Angeklagte bleibt dabei, daß es sehr auffallend sei, daß die Fischer aus eigenem Antriebe einen solchen Brief hierher geschickt hätte, der dann gerade bei der Pfeffer gefunden worden ist. Weitere widerspricht nochmals dem darin liegenden Verdacht des Angeklagten. Dieser regt seinerseits an, die Mutter der Zeugin Pfeffer zu laden und widerspricht noch der Behauptung, daß er die Zeugin bedroht habe.

Nach einer kurzen Pause wird die Zeugin Pfeffer auf Antrag des Staatsanwalts noch über Unterredungen, die Direktor Luppe und ein Herr Dir. Popp mit ihr gehabt haben. Die Zeugin sei dahin gegangen, sie zu bestimmen, doch nicht so feindselig und gebärgig gegen Herrn Sternberg zu sein, sondern sich mit ihm wieder zu verständigen. Sie habe immer wieder versichert, daß sie ja gar nichts gegen Sternberg unternehme und gar nicht feindselig gesinnt sei, daß sie aber doch die Wahrheit sagen müsse. Bei einer dieser Unterredungen habe Popp auf ihre bedrängte Lage hingewiesen, der Briefe der Margarete Fischer Erwähnung gethan und sie gefragt, ob sie diese nicht herausgeben wolle. Sie habe es aber abgelehnt, auch nachdem ihr

1000 M. geboten

worden seien. Popp habe auch gelegentlich davon gesprochen, daß sie fortgehen solle. Sonstige positive Angebote weiß die Zeugin nicht zu melden, auf nochmalige Befragen wiederholt sie aber, daß sie eines Tages infolge eines Briefes der Margarete Fischer aus eigenem Antriebe im Bureau des Dr. Werthauer gewesen sei und dieser ihr bei dem Gelirach gesagt habe: Herr Sternberg würde Ihnen gewiß unbegrenzt dankbar sein, wenn Sie von Ihrer Geschichte gegen ihn abließen. — Rechtsanwält Dr. Sello: Haben Sie irgend ein Angelegenheit dafür, daß der anonyme Brief, von dem hier mehrfach die Rede war, etwa von der Frau Fischer herrührte? — Zeugin: Nein. — Rechtsanwält Heinemann: Hat Herr Luppe bei seiner Unterredung mit der Zeugin ihr irgendwas an die Hand gegeben, die Unwahrheit zu sagen? — Zeugin: Nein. — Staatsanwalt Braut: Hat es etwa auf die Zeugin den Eindruck gemacht, daß man sie dahin bringen wollte, zu sagen, sie habe die ganze Sache eingerührt und daß sie dann verschwinden sollte? — Zeugin: Nein. Herr Popp ging immer davon aus, daß ich doch in der Woyda-Sache etwas wissen müßte und wollte Auskunft darüber haben.

Unterrichter Gabel

noch einmal vor: Er sei gestern von der Verteidigung befragt worden, ob die Frieda Woyda jetzt denselben Eindruck auf ihn mache, wie seiner Zeit bei der Vernehmung vor ihm. Das habe in dem Augenblick angetroffen, als diese Frage an ihn gerichtet wurde, später habe sich diese Ansicht aber geändert, und er müsse sagen, daß das Mädchen dann einen viel ungünstigeren Eindruck gemacht habe, als früher.

Die Verhandlung wird dann durch ein kleines Intermezzo unterbrochen. Unter den jugendlichen Zeugen befindet sich eine solche, die im Magdalenaenstift untergebracht worden ist. Der Transporteur hatte nun gemeldet, daß eine andre 10jährige Zeugin im Vorbeigehen bei seiner Transportatin dieser allerlei Zeichen gemacht und ihr zugerufen habe: „Diesmal nicht gegen Sternberg ausfallen!“ Die beiden Mädchen werden in den Saal gebracht, die eine behauptet, daß die andre ihr einige Grimassen geschnitten und im Vorbeigehen gerufen habe:

„Sage man nicht so schlecht aus!“

Mit der Vermahnung, derartiges zu unterlassen, werden die Zeuginnen entlassen.

Die alsdann an Gerichtsstelle erschienenen Verwandte der Zeugin Pfeffer ist jetzt 28 Jahre alt. Sie soll darüber behaupten, ob es wahr sei, daß der Angeklagte Sternberg sie, als sie noch Kind war — also vor etwa 15 Jahren — unzüchtig berührt habe. Die Zeugin Pfeffer behauptet es, das junge Mädchen erklärt aber, daß sie sich auf einen derartigen Vorfall ganz und gar nicht besinnen könne. Sie bleibt auch dabei, obwohl die Zeugin Pfeffer ihr einzelne Daten vorhält, die ihr Gedächtnis schärfen sollen.

Rechtsanwält Dr. Werthauer beantragt, den Schreib-Sachverständigen Sekretär Ulrich mit der Prüfung der Frage zu betrauen, ob einige der zahlreich eingelassenen anonymen Briefe etwa von der Hand des Schutzmanns Sternberg herrühren. Der Gerichtshof beschließt die Vorladung des Herrn Ulrich.

Der Staatsanwalt beantragt auf Grund einiger anonymen Briefe noch einige Zeugen zu laden, die angeblich über Beschuldigungen von der Frieda Woyda bezw. über Jugendsünden des Angeklagten Sternberg Bekundungen stellen können. In letzterer Beziehung sind die Redacteure Dr. Crehmer, Luno und der Verleumdungspolter genannt. Die Zeugen sollen förmlich geladen werden.

Hierauf wird die weitere Verhandlung auf Sonnabend 1/2 Uhr vertagt.

Grosser Ausverkauf wegen Geschäfts-Auflösung!

Spottbillig!

Paletots.

Joppen.

Anzüge.

Arbeiter-Kleidung

„Fortuna“, Herren- und Knaben-Garderobe, Kastanien-Allee 93, Oderbergerstrasse.

Ecke

